Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4.90 Mk., frei Haus 5,– Mk., durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus, durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Ehrtreuanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernspr. Nr. 324.

Mit den wöchentlich 6 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 295 — Mittwoch den 29. Dezember 1920 — 47. Jahrg.

Die innere Politik des Jahres 1920.

Von Friedrich Weinhausen, M. d. R.

Die beiden wichtigsten Ereignisse in der inneren Politik des zu Ende gehenden Jahres waren der Kapp-Putsch im März und die Reichstagswahlen im Juni. Das wahnwitzige Unterfangen übergeschnappter Hitzköpfe und unpolitischer Militärs, durch einen Staatsstreich von oben das Vaterland zu „retten", ist binnen wenigen Tagen elend gescheitert. So weit hatte sich doch der demokratische Gedanke bereits durchgesetzt, daß sich das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, nicht nur die Massen der Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Massen des Bürgertums und der Beamtenschaft nicht mehr als bloße Objekte einer hohen Obrigkeit hielten, sondern selbst über Form und Grundlagen des Staatslebens entscheiden wollten. Daß die Abwehr in Form einer Arbeitseinstellung der Beamten und eines Generalstreiks der Arbeiter und Angestellten durchgeführt werden mußte, und daß sich aus dieser Abwehr höchst bedauerliche Machtkämpfe einer äußerst erregten und kommunistisch verhetzten Arbeiterschaft ergaben, dafür tragen allein die Kappisten die Verantwortung. Damals ist viel hin- und hergestritten worden über die Unentschlossenheit und allzu große Milde der Reichsregierung gegen die Gewalttäter auf der Rechten und auf der Linken. Aber heute dürfte allgemein anerkannt werden, daß in jener äußerst gefährlichen Lage die Regierung in ihrer Machtlosigkeit doch den einzig richtigen Mittelweg des Zuwartens und Verhandelns eingeschlagen hat. Schließlich sind ja die Übeltäter auch nicht straflos ausgegangen, wenn sich auch die auf der Rechten der strafenden Gerechtigkeit wirksamer zu entziehen vermocht haben, wie die auf der Linken. Die Auslegung des Amnestiegesetzes durch die Gerichte hat leider nicht dazu beigetragen, Beruhigung nach beiden Seiten zu schaffen.

Auch die im Juni erfolgten Reichstagswahlen haben bedauerlicherweise keine Klärung und Beruhigung im Innern gebracht. Die Erregung der Kapptage zitterte noch allzu stark bei den Wählern nach. Auch die Parteien setzten an die Stelle sachlicher Aufklärung der breiten Massen eine äußerst heftige Wahlagitation. Schärfer als je früher traten die Parteigegensätze hervor. Die Oppositionsparteien der Rechten und der Linken arbeiteten mit riesigem Gelbaufwand oder mit rücksichtslosen Gewaltmitteln, häufig genug auch mit beiden. Die Wählermassen hatten noch nicht begriffen oder in der Aufregung des Wahlkampfes wieder vergessen, daß sie berufen seien, durch ihre Stimmzettel selbst die Regierung des Landes zu bestimmen und dem Volke damit Ruhe und Ordnung und Genesungsmöglichkeit zu schenken. Sie wählten wie im alten Obrigkeitsstaat lediglich nach Stimmungen und Erwägungen des Augenblicks. Sie machten den 6. Juni nicht zu einem Tag des Aufbaubeginns, sondern wie frühere Wahltage zu einer großen Abrechnung mit der Regierung, die doch nur die Beauftragte der Volksmehrheit gewesen war. Das Wahlergebnis entsprach dieser falschen Gefühlspolitik: die Flügelparteien kamen erheblich gestärkt, die Mittelparteien wesentlich geschwächt aus dem Kampf heraus.

Die unmittelbaren Folgen ergaben sich bei der Regierungsbildung nach den Wahlen. Die alte Koalition zerfiel, die Mehrheitssozialdemokratie versagte in ganz undemokratischer Empfindsamkeit und aus falschem parteipolitischem Eigennutz ihre Mitarbeit. Eine neue Koalition von Demokratie, Zentrum und Deutscher Volkspartei unternahm, obwohl zahlenmäßig im neuen Reichstage in der Minderheit, die Verantwortung für die Regierung. In jenen erregten Sommerwochen gab es auch innerhalb der demokratischen Partei Gefühlspolitiker, die eine Politik der Enthaltsamkeit lieber gesehen hätten. Heute werden sie rückblickend erkennen, daß es richtig war,

das Vaterland über die Partei zu stellen

und lieber Wählerluste hinzunehmen, als den demokratischen Staatsgedanken und den Staat selbst zu gefährden. Oder glaubt jemand, die Entwickelung hätte sich ruhiger vollzogen, wenn auch die Demokraten damals sich versagt und die Regierungsgewalt der äußersten Rechten oder den sozialistischen Linksparteien zugeschoben hätten? Oder gar, daß eine sofortige Neuwahl wesentlich andere Verhältnisse gezeitigt hätte? Haben uns inzwischen nicht die Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen gelehrt, daß die breiten Wählermassen immer noch ihre ernste Staatspflicht verkennen und lediglich nach ihren Gefühlen der Zuneigung oder Abneigung für einzelne Parteien wählten? Angesichts der bevorstehenden Neuwahlen in Preußen sollten alle Parteien ebenso sachlich wie eifrig darauf hinwirken, daß die männlichen und weiblichen Wähler vor allen Dingen die ernste Voraussetzung der verantwortungsvollen Stimmzettelabgabe erkennen, nämlich die Regierung ihres Landes durch die Wahl zu bestimmen.

Solche staatsbürgerliche Erkenntnis wird aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu einer Stärkung nicht der Flügelparteien, sondern der Mittelparteien führen müssen. Dennoch sind die Zustände bei uns keineswegs so gefestigt, daß die Regierung extremer Parteien der Rechten oder der Linken von der Volksgesamtheit ertragen würde. Schon der Umstand, daß im Reich die Mittelparteien, in Preußen dagegen die alte Koalition der Linken mit Vorherrschaft der Mehrheitssozialdemokratie regierte, war zuletzt kaum noch erträglich, und führte fortgesetzt zu empfindlichen Störungen der Reichsmarine. Deshalb war auch die Beschleunigung der Preußenwahlen zur politischen Notwendigkeit geworden. Hoffentlich wird der Hauptzweck erreicht und eine Übereinstimmung zwischen den politischen Machtverhältnissen erzielt, die eine gleichmäßige Regierung im Reich und Preußen ermöglicht.

Die Minderheitsregierung im Reich hat sich inzwischen langlebiger gezeigt, als man ursprünglich annahm. Das „bürgerliche" Kabinett Fehrenbach kann sich zwar nicht auf politische Großstaten berufen, die einen Verband mächtig gestützt hätten, aber es hat auch bisher schwere Fehler zu vermeiden gewußt, die es hätten fortzegen können. Durch Zeitbeschränkung auf die allernotwendigsten Aufgaben des Tages hat es das Kabinett verstanden, gelegentlich auch Unterstützung bei den Oppositionsparteien rechts und links zu finden. Vor allem aber ist die Scheu vor der großen Verantwortung eines Regierungssturzes immer noch der stärkste Schutz für das Kabinett Fehrenbach.

Allerdings stellen die wirtschaftspolitischen Nöte der Zeit die Regierung immer wieder vor neue schwierige Entscheidungen. Mit der wildbewegten Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes, bei dem Blut vor dem Reichstage floß, hat das Jahr 1920 begonnen und mit einer weitverbreiteten, tiefgehenden Unzufriedenheit des gesamten Beamtenkörpers geht das Jahr zu Ende. Und was an innerer Politik zwischen diesen beiden Polen liegt, das ist in der Hauptsache ein fortgesetzter Kampf der einzelnen Berufe und Erwerbsschichten um Erleichterungen ihrer Nöte gewesen. Auch die Auseinandersetzungen über die Sozialisierung und die Gestaltung der Steuerpolitik und der heftige Ruf nach Abbau der Zwangswirtschaft und nach freier Gestaltung des Verkehrslebens geht letzten Endes immer auf die gleiche Ursache zurück: die ungeheure Belastung des Volkes durch den Versailler Diktatfrieden. Ihn zu ändern ist nicht bloß die Hauptforderung der auswärtigen Politik, sondern auch die Grundvoraussetzung für gesunde innerpolitische Zustände. Und die wichtige innerpolitische Voraussetzung dazu ist einmütiges geschlossenes Zusammengehen des gequälten deutschen Volkes und Überwindung des Parteihaders in allen Fragen, die das Vaterland und das Gesamtwohl angehen.

Drohendes Ultimatum der Entente.

Berlin, 29. Dez. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Die Entwaffnungsfrage, die durch die letzten Noten der Entente wieder aktuell geworden ist, wird auch die Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten beschäftigen, die in den ersten Tagen des Januar 1921 in Riga stattfinden wird, wenn die Konferenz auch vor allen Dingen der Beratung der griechisch-türkischen Frage gewidmet ist. Marschall Foch wurde um einen ausführlichen Bericht über die anzuwendenden Maßnahmen gebeten, die im Falle der Nichterfüllung des Abkommens von Spa getroffen werden sollen. In Berliner Ententekreisen erhält sich, wie die Neue Berl. Ztg. meldet, die zu diesen Kreisen auch Fühlung hat, das Gerücht, daß die Entente einen längeren Aufschub ihrer Forderungen nach Entwaffnung der Einwohnerwehren nicht mehr dulde und ihrer Entschlossenheit durch die Überreichung eines Ultimatums Ausdruck verleihen würde.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Breslau, 29. Dez. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) In Warschau in diplomatischen Kreisen wird erklärt, die Abstimmung in Oberschlesien werde bis Mitte Februar 1921 erledigt sein. Der französische General Lerond habe den Auftrag zur Beschleunigung der Vorbereitungen erhalten.

Deutsch-schweizerisches Luftabkommen.

Berlin, 29. Dez. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Wie wir hören, ist gestern das deutsch-schweizerische Luftabkommen, das den privaten Luftverkehr regelt, ratifiziert worden.

Klara Zetkin im französischen Sozialistenkongreß.

Berlin, 29. Dez. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) In der gestrigen Nachmittagssitzung des französischen Sozialistenkongresses in Tours erschien plötzlich im Kongreßsaale die deutsche Kommunistin Klara Zetkin, der die französische Regierung die Einreiseerlaubnis verweigert hatte. Sie hielt eine kurze Ansprache an den Kongreß und verschwand dann so plötzlich wie sie gekommen war.

Tours, 29. Dez. In der gestrigen Nachmittagssitzung des sozialistischen Parteitages sprach der Deputierte Blum für die rechtsstehenden Sozialisten. Er erklärte, auch er sei ein Anhänger der Diktatur des Proletariats, man wolle nur die zeitweise Diktatur annehmen, damit das Proletariat die Möglichkeit habe sich zu organisieren. Die Anhänger von Moskau aber seien für ein dauerndes derartiges System, weil sie den Terrorismus als ständiges Mittel annehmen wollten. Jetzt müsse man frei bekennen, ob man die Dritte Internationale annehmen könne oder nicht; er könne es nicht. Nach Blum sprach Rappaport für den Anschluß an Moskau.

Die deutschen Wirtschaftsverhandlungen mit Belgrad und Prag.

Berlin, 29. Dez. Ministerialdirektor v. Stockhammern kommt am 8. Januar aus Belgrad, wo er den Handelsvertrag zwischen Südslawien und Deutschland vereinbarte, nach Prag. Am 10. Januar reist eine tschechoslowakische Handelsdelegation nach Berlin zur Beseitigung der letzten Differenzen über das beabsichtigte Wirtschaftsabkommen.

Angebliche Stinnes-Konzession in Rußland.

London, 29. Dez. Laut einer Meldung der „Morning Post" soll Hugo Stinnes von der Sowjetregierung das Monopol für die Elektrifizierung Rußlands erhalten haben. (Wir geben diese englische Sensationsnachricht selbstverständlich nur unter allem Vorbehalt wieder. Die Red.)

Neue bolschewistische Kriegspläne.

London, 29. Dez. (TU.) Die „Times" meldet aus Konstantinopel, daß eine neue Sowjet-Armee gegen Georgien vorrückt. Die Bolschewisten konzentrieren außerdem starke Streitkräfte an den Grenzen. Aus Warschau verlautet, daß der polnische Minister des Äußern sich binnen kurzem nach Bukarest begeben werde, um Maßnahmen für den Fall eines bolschewistischen Angriffes auf Rumänien zu treffen.

Neues politisches Bombenattentat in Bukarest.

Bukarest, 29. Dez. (TU.) Hier wird bekannt, daß gegen den rumänischen General Averescu ein Attentat verübt wurde. Averescu blieb unversehrt, dagegen kamen von seiner Begleitung und von dem Kutscherpersonal einige Personen ums Leben. — Ferner wird gemeldet, daß zwischen Predeal und Kronstadt ein Zug mit rumänischer Infanterie, die an die bekanntlich Ungarn abgetreten werden sollte, mit einem andern Zug zusammenstieß. Etwa 40 Mann und eine Anzahl Pferde sollen umgekommen sein.

Das Kreditabkommen zwischen Holland und Deutschland.

Haag, 29. Dez. Der Austausch der Ratifikationsurkunden über das deutsch-holländische Kohlen- und Kreditabkommen ist gestern vormittag im Auswärtigen Amt erfolgt.

Deutsch-belgische Wirtschaftsverhandlungen.

Brüssel, 29. Dez. Eine Delegation der deutschen Schiffahrtsgesellschaften und der deutschen Rieder wird, wie die „Indépendance Belge" meldet, in Antwerpen erwartet, um über die Wiederanknüpfung der Beziehungen zu der Hafenverwaltung zu verhandeln. Es handelt sich hauptsächlich darum, Anlegeplätze für die deutschen Schiffe zu erlangen, und auch darum, Filialen der Schiffahrtsgesellschaften in Antwerpen zuzulassen.

Die schwere Wirtschaftskrise in England.

London, 29. Dez. Die Minister haben sich während der beiden Weihnachtsfeiertage mit der Arbeitslosenfrage beschäftigt. Lloyd George hatte an beiden Tagen Beratungen mit Macnamara, Henderson und anderen Arbeiterführern. Die Frage, wie man die Not lindern könne, ist sehr kompliziert, da einige Dominions, z. B. Kanada nicht bereit sind, Auswanderer aufzunehmen, weil sie selbst unter starker Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Ferner kommen sehr ungünstig lautende Berichte über Arbeitslosigkeit aus verschiedenen anderen Teilen Großbritanniens. In England selbst sind die Hochöfen von Motherwell auf unbestimmte Zeit ausgeblasen worden. Die Jute- und Wollindustrie ist schwer betroffen. Die Schiffswerften und die Eisenfabriken von Yorkshire sind auf 10 Tage geschlossen. — Lloyd Georges Vorschlag, die zunehmende Arbeitslosigkeit durch Auswanderung zu beheben, hat in den britischen Kolonien Entrüstung hervorgerufen. Es wird darauf hingewiesen, daß in den Kolonien Arbeitslosigkeit herrscht und dort nur kapitalkräftige, landwirtschaftskundige Leute gebraucht werden.

Die Friedensverhandlungen Rußlands.

London, 29. Dez. Die „Times" glauben zu wissen, daß der russisch-polnische Friedensvertrag in der ersten Januarwoche unterschrieben werden wird.

Helsingfors, 29. Dez. (WTB.) Die finnische Abordnung zum Austausch der Friedensratifikationen zwischen Finnland und Rußland ist am Montag nach Moskau abgereist.

Die Kriegslasten Portugals.

London, 29. Dez. England hat, wie „Petit Journal" meldet, Portugal zur Bestreitung der Kriegskosten 16½ Millionen Pfund Sterling vorgestreckt.

Die Lage im Reiche.

Aussicht auf gütliche Regelung der Eisenbahnerbewegung.

Aus Berlin wird berichtet:

Am Dienstag nachmittag trat im Reichstag der aus den Vertretern der Eisenbahner-Großorganisationen gebildete 16er-Ausschuß zusammen, um zu dem Streikerlaß des Reichsverkehrsministers Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen zogen sich den ganzen Nachmittag hin. Man einigte sich dahin, am Mittwochvormittag die Stellungnahme des Ausschusses zu formulieren und diese Erklärung dem Reichsverkehrsminister zu übermitteln. Inzwischen hatten Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Beamtenbund stattgefunden. Das Ministerium erklärte sich bereit, die Forderungen der Eisenbahner dem Reichsgutachterausschuß zu überweisen, in dem Vertreter des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes sitzen. Dieser Ausschuß wird wahrscheinlich am 3. oder 4. Januar in Berlin zusammentreten. Die Wünsche der Arbeiter werden in den am Mittwoch beginnenden Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium behandelt werden. Durch das Entgegenkommen des Reichsfinanzministeriums hat sich die Lage zweifellos gebessert.

Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner für den sofortigen Streik.

Essen, 28. Dez. In einer gestern abend abgehaltenen Vollversammlung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner wurde betont, daß weitere Verhandlungen zwischen den Eisenbahnerorganisationen zwecklos seien, und forderte als letzte Antwort den sofortigen Streik. Es wurde mitgeteilt, daß die Eisenbahnerorganisationen jetzt dazu übergegangen seien, durch einen Zusammenschluß eine Einheitsfront zu bilden, und diese sichere den Erfolg eines Streiks. Angesichts der bedrohlichen Lage hat, wie die „Dena" erfährt, der Eisenbahnminister an die Direktionspräsidenten einen Erlaß gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß der Streik unverzeihbar sei mit der Stellung der Beamten und daß eine Streikagitation unter allen Umständen aus dem Eisenbahnbetriebe fernzuhalten sei. Der Eisenbahndirektionspräsident von Essen hat den Erlaß auf allen Dienststellen bekannt gegeben. Die Redner erklärten indessen, daß sie ohne Rücksicht auf die Anweisungen des Eisenbahnministers ihre Bestrebungen fortsetzen werden. Es wurde beschlossen, daß in den drei nächsten Tagen im ganzen Bezirk eine geheime Urabstimmung stattfinden soll, in der die Eisenbahner selbst über den Streik zu entscheiden haben. Schließlich wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird: Die Vollversammlung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner und der in enger Arbeitsgemeinschaft mit ihr vereinigten sonstigen Beamten und Arbeiter der Eisenbahn verspricht, alle gewerkschaftlichen Forderungen zu erfüllen und dem Rufe zur Anwendung der letzten gewerkschaftlichen Mittel, wenn notwendig, gewissenhaft und pünktlich Folge zu leisten.

Das Entgegenkommen der Regierung.

Das WTB. meldet zur Frage der Beamtenforderungen: Die Reichsfinanzverwaltung hat Anordnung getroffen, daß die nächste Gehaltszahlung an die Beamten nicht erst anfangs Februar, sondern bereits vom 20. Januar ab erfolgt, damit nicht mehr als ein Monat seit der vor Weihnachten erfolgten Zahlung des Januargehalts verstrichen ist. Wegen der von den Organisationen der Reichsbeamten und Reichsarbeiter gestellten neuen Forderungen soll unverzüglich nach Neujahr im Reichsfinanzministerium vor Eintritt in die Verhandlungen eine Aussprache über die Gesamtfrage mit den Vertretern der beteiligten Kreise stattfinden. Sonst verbreitete Nachrichten über angebliche Beschlüsse der Staatssekretäre der Reichsministerien entbehren der Begründung.

*

Die Feier des Reichsgründungstages.

Zur Frage der Feier des 18. Januars hat sich die Reichsregierung dahin schlüssig gemacht, von einer Bestimmung dieses Tages als staatlich anerkannten Feiertag im Wege eines Gesetzes abzusehen. Sie erachtet es aber für wünschenswert, daß an diesem Tage in den Schulen der Einigung der deutschen Stämme durch die Gründung des Reiches und seines nunmehr 50jährigen Bestandes in angemessener Weise gedacht werde. In einem Rundschreiben an die Landesregierungen bittet der Reichsminister des Innern, in dieser Richtung alsbald das weitere veranlassen zu wollen.

Die deutsche Finanzministerkonferenz in Bamberg

wird sich in erster Linie mit der Überweisung der Reichsbeträge an die Länder beschäftigen. Die Eingänge bei den Ländern sind zu ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201229-11/fragment/page=0001

ring, um die laufenden Ausgaben zu bestreiten, so daß die Einzelstaaten immer Gefahr laufen, völlig ohne Mittel dazustehen. Infolgedessen hatte Sachsen das bayerische Finanzministerium veranlaßt, die Konferenz einzuberufen. Außer dieser wichtigen Frage soll noch über das Vollzugsgesetz zum Landessteuergesetz beraten werden.

Minister Giesberts über das deutsche Fernsprechwesen.

Berlin, 29. Dez. In einer Unterredung mit einem Vertreter der Presse äußerte sich der Reichspostminister Giesberts über die Telephonanleihe, die bisher eine Milliarde Mark gebracht habe. Weiter legte der Minister die Notwendigkeit eines Ausbaues des deutschen Fernsprechwesens dar, sowie einer Reform im Fernsprechwesen. Zu dieser Umgestaltung des Telephonverkehrs gehöre ein großzügiger Ausbau des bisherigen Netzes, also eine Vermehrung der Leitungen. Besonderer Berücksichtigung werden dabei die Fernverbindungen unterzogen werden. — Weiter ging der Minister auf die Lohnbewegung unter den Post- und Eisenbahnbeamten ein und erklärte, die Mehrforderungen würden das Reich mit rund zwei Milliarden Mark belasten. Der Minister hofft, daß der Streik vermieden werden wird.

Gegen die zweifelhaften Versprechungen Korfantys.

Beuthen, 29. Dez. Die Beamten der preußischen Berginspektion Bielschowitz erheben Einspruch gegen das Rundschreiben Korfantys an die Beamten der staatlichen Gruben und Hütten, indem er unter Vorspiegelung zweifelhafter Versprechungen versucht, die Beamten in das Lager der Polen hineinzuziehen. Die Beamten erblicken in diesem Versuch, sie zum Bruch des Treueides zu verleiten, eine schwere Beleidigung, und lassen sich von ihrer treudeutschen Gesinnung nicht durch anmaßende Bedrohungen beirren.

*

Erklärungen der Reichsfettstelle über die verdorbenen Buttermengen in Leipzig.

Von besonders gutunterrichteter Seite erfahren wir: In letzter Zeit sind gegen die Reichsfettstelle verschiedentlich Angriffe erhoben worden, die nunmehr in der Angelegenheit der angeblich in den Leipziger Kühlhäusern verdorbenen 100000 Zentner Butter eine besonders scharfe Form angenommen hat. Sie stammen mehr oder weniger aus Kreisen, denen daran gelegen ist, die staatliche

Bewirtschaftung von Milch, Butter und Käse zu beseitigen

und die Reichsfettstelle, die ihnen ein Dorn im Auge ist, zu beseitigen. Die Folge davon ist, daß in Laienkreisen ganz falsche Gerüchte umgehen, so daß es notwendig erscheint, im Zusammenhang mit dieser Butterangelegenheit ein Wort der Aufklärung zu sagen. Was zunächst den Fall selbst betrifft, so hat man es hier mit einer ungeheuerlichen Übertreibung zu tun, die aus einer kleinen, unvermeidbaren Angelegenheit eine Riesenverfehlung zu machen sucht. Die Meldung der Kühlanlagen Transit A.-G. in Leipzig trifft zu, nach der es sich um 2000 Faß minderwertige Lagerbutter handelt, von denen die oberste Schicht wegen Schimmelbekleidung entfernt werden mußte und die anderwärts noch geeignete Verwendung finden kann. In jedem Geschäft, selbst im kleinsten Krämerladen kommt es vor, daß verderbliche Sachen als minderwertig ausgeschaltet werden müssen. Wieviel mehr liegt eine solche Möglichkeit bei einem Geschäft vor, wo ungeheure Lagerbestände in Frage kommen.

Der Fachhandel und die Landwirtschaft streben schon seit langem dem Ziele nach, die Zwangswirtschaft zu beseitigen. Auch in Laienkreisen wächst die Zahl der Anhänger, die darauf hinweisen, daß bei der geringen zur Verteilung gelangenden Butter eine weitere Rationierung unmöglich sei und nur große Kosten verursacht. Hier gilt es, einer grundfalschen Anschauung entgegenzutreten. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Butter würde nichts mehr und nichts weniger als den

völligen Zusammenbruch unserer Milchwirtschaft

zur Folge haben. Schon jetzt sind Fälle bekannt, wo Milchproduzenten oder Zwischenhändler die Milch absichtlich sauer werden lassen, um daraus Butter zu bereiten.

Bei einer Freigabe der Butter würden wir überhaupt keine Milch erfassen können und dadurch weiteres unendliches Elend über unsere Kinderwelt heraufbeschwören. In unseren leitenden Kreisen vertritt man die Ansicht, daß bei dem jetzigen Zustand in Deutschland, wo die Fettversorgung des Volkes durch genügende Lieferung von Schmalz und Margarine sichergestellt ist, Butter als ein Luxusgegenstand zu betrachten ist, den sich nur wenige leisten können. Daher ist auch das Gerücht falsch, daß die Einführung von Auslandsbutter geplant sei, und gleichzeitig entspricht nicht den Tatsachen, daß eine Aufhebung der Butterrationierung geplant wäre. Wenn sich zahlreiche Kommunen entschlossen haben, die Butterverteilung aufzuheben, so geschah es aus dem Grunde, weil die Freigabe von Schmalz und Margarine den städtischen Fettstellen die Haupttätigkeit ihrer Grundlage beraubte und das Verwaltungsverfahren für die geringe Menge Butter nicht mehr rentabel erscheinen ließ. Die Reichsfettstelle wird daher künftig zu Mitteln greifen müssen, die noch nicht erfaßte Butter auf anderem Wege der Gemeinschaft zugänglich zu machen.

Zum Schluß noch ein Wort zur Reichsfettstelle selbst. Man ist im Begriff, sie erheblich einzuschränken und abzubauen. Immerhin wird ihr noch auf lange Zeit hinaus durch die Bewirtschaftung von Milch und Butter, die aus den vorher angegebenen Gründen unter keinen Umständen aufgegeben werden darf, ein weites Feld der Tätigkeit verbleiben. Bereits im vergangenen Sommer waren wir so weit, einen erfreulichen Aufschwung unserer Milchwirtschaft verzeichnen zu können, doch machte uns die Maul- und Klauenseuche einen erheblichen Strich durch die Rechnung. Bei allen Angriffen gegen die Reichsfettstelle dürfte es angebracht sein, den Quellen nachzuforschen, denen sie entstammen, da bei solchen Anwürfen heute Sonderinteressen mitzählen und der Wunsch nach Aufhebung der Zwangswirtschaft der Vater des Gedankens ist.

Keine Aufhebung der Zwangswirtschaft für Butter.

Unser Gewährsmann hat bei der Reichsfettstelle Erkundigungen eingezogen, in denen die vorstehenden Mitteilungen bestätigt werden.

Im weiteren verweist die Reichsfettstelle darauf, daß die Aufbauschung dieses und anderer Vorfälle dem Agitationsbedürfnis gegen die Zwangswirtschaft entstamme und stellt demgegenüber fest:

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Butter würde den völligen Zusammenbruch unserer Milchwirtschaft zur Folge haben. Schon jetzt sind Fälle bekannt, wo Milchproduzenten oder Zwischenhändler die Milch absichtlich sauer werden lassen, um daraus Butter zu bereiten.

Politische Uebersicht.

Ostdämmerung 1921.

Auch das vergangene Jahr hat ein Ende der Bolschewistenherrschaft in Rußland nicht gebracht. Die Trotzki, Lenin und ihre Anhänger sind so oft totgesagt worden, daß sie nach einer bekannten Redensart nunmehr erst recht ein zähes Leben erlangt haben werden. Auch das Jahr 1920 hat Sowjetrußland noch unter den Waffen gesehen. Die Krisis dieses Jahres war am heftigsten, als die Rote Armee von den polnischen Truppen zurückgedrängt wurde und als gleichzeitig General Wrangel über die Armee Budjenny einen Sieg erringen konnte. Die Krisis wurde indessen bald abgeschwächt; das Wrangelunternehmen endete mit einem vollen Mißerfolg, auch die polnische Niederlage hat Rußland überwinden können, und die gegenwärtigen Verhandlungen in Riga haben sogar ein diplomatisches Übergewicht Sowjetrußlands gezeigt. Prophezeiungen aufzustellen, ist natürlich sehr schwer, und es ist überaus fraglich, ob der jetzt zurückgetretene Kriegsminister Lefèvre recht behalten wird, wenn er auf die große Ostgefahr des kommenden Jahres hingewiesen hat. Nach Nachrichten, die aus den Randgebieten Rußlands gekommen sind, wird zwar dort wieder gerüstet, aber über die Kriegsabsichten läßt sich etwas Bestimmtes beim besten Willen noch nicht sagen. Die Engländer sind in der Betrachtung der Ostlage weit nüchterner, und der König von England hat das auch jüngst in seiner Thronrede zum Ausdruck gebracht, in der er von der Hoffnung sprach, im kommenden Jahr mit Sowjetrußland wenigstens die geschäftlichen Beziehungen wieder anknüpfen zu können. Man weiß auf englischer Seite, daß von einer Expedition gegen Sowjetrußland wenig zu erwarten ist und hofft vielmehr, daß, wenn die wirtschaftlichen Bande, die Sowjetrußland mit Europa und den übrigen Staaten verknüpfen, wiederhergestellt sind, dann auch eine gewisse Änderung des Systems von selbst erfolgen muß.

Falsch ist es jedenfalls, wenn auf deutscher Seite immer wieder Leute wie der General Hoffmann auftreten, die den Kreuzzug gegen die Bolschewisten predigen und die gar Seite an Seite mit den Franzosen diesen Kreuzzug unternehmen wollen. Der Minister Dr. Simons wird ja vielleicht Gelegenheit haben, beim Wiederzusammentritt des Reichstages sich aus Anlaß einer Interpellation über die deutsch-russischen Handelsbeziehungen eingehend über das Problem Sowjetrußland zu äußern.

Wir in Deutschland haben jedenfalls im eigensten Lebensinteresse die Pflicht, unsere Augen nach dem Osten zu richten, da der Osten für uns in absehbarer Zeit allein die Möglichkeit einer aktiven deutschen Außenpolitik gibt. Bereit sein, ist auch hier alles, und wir können und wollen nur hoffen, daß im kommenden Jahr die Stellen, die für die Ostpolitik verantwortlich sind, auch ihre Augen offen halten und sich nicht wieder in den Hintergrund drängen lassen werden.

*

Italien.

Der Kampf um Fiume

Mailand, 28. Dez. Montag vormittag 10 Uhr, so besagt ein aus Mailand übermittelter Drahtbericht des „Secolo", wurde den vor Fiume liegenden Panzerschiffen Befehl gegeben, in den Hafen einzufahren, um eine Demonstration auszuführen. Einige Granaten wurden auf die Stadt abgefeuert. Eine davon traf den Palast d'Annunzios. Dieser soll verwundet worden sein. Im Augenblick kennt man noch keine Einzelheiten über seinen Zustand.

Rom, 28. Dez. (Havas.) Hier verlautet, d'Annunzio sei tot, was jedoch von anderer Seite bestritten wird. Die Legionäre d'Annunzios, die die Brücke zwischen Sussak und Fiume gesprengt haben, haben im Außenbereich von Fiume 30 Tote und 100 Verwundete, darunter viele Offiziere, gehabt; die Bevölkerung von Fiume soll 9 Tote und 30 Verwundete zu verzeichnen haben.

Lugano, 28. Dez. Die Kämpfe um Fiume dauern fort. d'Annunzio hetzt seine Leute unaufhörlich zum Ausharren bis zum letzten Mann auf. Die Legionäre kämpfen tatsächlich mit größter Erbitterung, während andererseits die königlichen Truppen Befehl erhielten, dem Kampf durch Einnahme der Stadt sobald wie möglich ein Ende zu machen, aber jedes unnütze Blutvergießen zu vermeiden und namentlich die Stadt zu schonen. Die Lage der Bevölkerung ist tragisch. In Rom wurde ein Funkentelegramm der Bevölkerung von Fiume mit verzweifelten Hilferufen aufgefangen. Anscheinend kämpft die Bevölkerung gegen d'Annunzio. Ein Pulvermagazin d'Annunzios ist in die Luft geflogen. d'Annunzio verfügt über zahlreiche Artillerie und macht von derselben ausgedehnten Gebrauch. Der Kampf wütete gestern in den Vororten von Fiume, wo die Legionäre sich von Haus zu Haus verteidigen. Die Verluste auf beiden Seiten scheinen, namentlich an Offizieren, schwer zu sein.

d'Annunzios Tod bestätigt?

Schweizer Grenze, 29. Dez. Aus Mailand wird gedrahtet: Eine Meldung des „Avanti" aus Rom bestätigt die Nachricht vom Tode d'Annunzios.

Auch französische Blätter haben bereits zu melden gewußt, daß d'Annunzio beim Niederbruch seines tollkühnen Abenteuers den Tod gesucht und gefunden habe. Bei dem ganzen Charakter dieses Feuerkopfes wäre ein solcher Ausgang seines Unternehmens nicht weiter verwunderlich.

Ein Dementi Giolittis.

Schweizer Grenze, 29. Dez. Aus Rom wird gemeldet: Nach Blättermeldungen hat Giolitti eine Delegation von verschiedenen parlamentarischen Gruppen empfangen, die über das Ergebnis von Fiume aufgeklärt zu werden wünschten. Giolitti dementiert die Nachricht, wonach d'Annunzio verwundet oder getötet worden sei. Er glaubt nach den Anweisungen des Generals Caviglia zu schließen, daß die Besetzung von Fiume durch reguläre Truppen im Laufe des heutigen Tages vollständig beendet sein werde.

Deutschland.

Vom Sterbelager der früheren Kaiserin.

Aus Berlin wird berichtet: Die Kaiserin hat vom 26. auf den 27. Dezember eine sehr schlechte Nacht verbracht. Zwischen der Staatsregierung und der Hofverwaltung in Doorn ist für den Fall des Ablebens der Kaiserin ein Abkommen getroffen worden, wonach die Beisetzung in Potsdam zugestanden wird. Der Wunsch der Kaiserin, im Rosengarten des Berliner Tiergartens beigesetzt zu werden, ist nicht erfüllt worden. Die Kaiserin wird im Park des Neuen Palais in Potsdam in der Nähe des Freundschaftstempels ihre letzte Ruhestätte finden.

Weiter wird aus Amsterdam, 29. Dez., gemeldet:

Wie aus Haus Doorn über das Befinden der ehemaligen Kaiserin mitgeteilt wird, traten in den letzten Tagen erneut durch Herzkrämpfe hervorgerufene Anfälle von Atemnot von wechselnder Stärke auf. Wenn auch die Kaiserin infolge ihrer zähen Konstitution diese Anfälle bisher überwinden konnte, so wird doch die Widerstandskraft, zumal bei der unzureichenden Nahrungsaufnahme, sichtlich geringer.

Zur Annahme von Reichsanleihen auf das Reichsnotopfer.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird darauf hingewiesen, daß sich die Fristverlängerung bis zum 31. Januar 1921 nur auf die Fälle bezieht, in denen selbstgezeichnete Kriegsanleihen zum Nennwert in Zahlung gegeben werden sollen. Dagegen läuft für die Hingabe von anderen Reichsanleihen die Frist bereits am 31. Dezember 1920 ab. Wer demnach sein Reichsnotopfer mit nicht selbstgezeichneter Kriegsanleihe oder mit alter Reichsanleihe bezahlen will, muß dieses unbedingt in den nächsten Tagen tun.

Merseburg und Umgegend.

29. Dezember.

** **Seinen 75. Geburtstag** beging heute in voller geistiger und körperlicher Frische der frühere Buchdruckereibesitzer und Herausgeber des „Merseburger Korrespondent", Privatmann Theodor Rößner. Von dem gesamten Personal des Zeitungsunternehmens wurde dem Jubilar aus diesem Anlaß eine herzliche Ehrung zuteil. Eine große Reihe von Körperschaften, Vereinen und Privatpersonen übermittelten ihm telegraphisch, schriftlich und persönlich herzliche Glückwünsche. Auch der Männer-Turnverein brachte seinem ältesten Mitgliede eine solche Ehrung dar. Besonderen Anlaß zum Gedenken dieses Tages und des Jubilars aber hat der „Merseburger Korrespondent" selbst, der das Lebenswerk des Jubilars ist.

Der mit so reichen Ehrungen bedachte Jubilar konnte an diesem Tage auf ein recht arbeitsreiches, aber auch erfolgreiches Leben zurückblicken. Im Jahre 1874 errichtete er mit Woldemar Hellig in dem Grundstück Mälzerstraße 8 eine Druckerei und am 2. Juli des genannten Jahres erschien die erste Nummer des „Merseburger Correspondent", dessen verantwortlicher Redakteur er war. Die Zahl der Abonnenten war anfangs klein, wuchs jedoch verhältnismäßig schnell. Der Grund für dieses Anwachsen der Abonnentenzahl, die bald das erste Tausend überschritt, lag in der Arbeitsamkeit, dem Fleiß und der Rührigkeit von Theodor Rößner und in der Aufrichtigkeit, mit der er seine politischen Anschauungen vertrat. Er war ein eifriger Vorkämpfer des politischen Liberalismus und ließ sich weder durch Interessen von links noch von rechts beirren, und er erfüllte die Zusicherung, die er in dem Prospekt des neuen Unternehmens gegeben hatte, daß das zu begründende Blatt die Fahne des Liberalismus in allen Phasen des politischen Lebens hochhalten werde.

Am 1. April 1878 ging der „Merseburger Correspondent" in den alleinigen Besitz des Jubilars über, der in dem Hause Große Ritterstraße 28 eine neue Druckerei anlegte. Die Redaktion führte er persönlich weiter. Nachdem am 21. September 1883 die Redaktion, Druckerei und Expedition nach dem Hause Ölgrube 5 verlegt worden waren, wurde der Betrieb beträchtlich erweitert. Zuerst erschien das Blatt wöchentlich dreimal, vom 1. Oktober 1881 ab fünfmal, vom 1. Mai 1895 ab sechsmal.

Durch sein vielen Bürgern willkommenes Unternehmen, durch sein reges Interesse für die Öffentlichkeit und durch seinen ehrenhaften und festen Charakter hatte sich Theodor Rößner das Vertrauen seiner Mitbürger erworben. Er gehörte dem Gemeindekirchenrat an und war Mitglied vieler öffentlicher Vereine und Körperschaften.

Während des Krieges nahm er trotz seiner 70 Jahre noch einmal die volle Bürde der Geschäftsführung auf sich, als fünf seiner Söhne dem Vaterlande dienten. Diese starke Anspannung im hohen Alter machte sich aber auch bei ihm bemerkbar. Doch auch heute ist der Jubilar noch körperlich und geistig rüstig und unermüdlich tätig in einer Reihe von Ehrenposten. Der Stolz auf sein Lebenswerk und sein Wirken in unserer Stadt dürfte ihm eine rechte Freude am heutigen Tage sein. Möge ihm ein recht froher und gesegneter Lebensabend und seinem Werk ein weiteres Wachsen, Blühen und Gedeihen beschieden sein. S.

** **Schlachtviehhöchstpreise.** In der heutigen Zeitung macht im Amtsblatt der Kreisdeputierte Langer darauf aufmerksam, daß die vom Unterausschuß 4 festgesetzten Richtpreise für Schlachtvieh von Sachverständigen als angemessen bezeichnet worden sind. Daher wird bei Überschreitung der Preise gegen Verkäufer und Käufer rücksichtslos Strafanzeige wegen Wucher erstattet. Wir weisen auf die Beachtung der Bekanntmachung besonders hin.

** **Achtung, Gewerbegerichtswähler!** Alle Wahlberechtigten seien daran erinnert, bis zum 4. Januar 1921 ihre Eintragung in die Wählerlisten im hiesigen Gewerbebüro, Rathaus, Zimmer 15, werktags in den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr zu beantragen. Wahlberechtigt sind alle Personen über 20 Jahre, die in Merseburg wohnen und arbeiten. Die Arbeitnehmer haben hierbei eine Bescheinigung ihres Arbeitgebers oder der Polizeiverwaltung vorzulegen, die ihre Wohnung und Arbeit in Merseburg bestätigt.

** **Eine außerordentliche Beihilfe für Rentenempfänger.** Laut Reichsgesetz erhalten alle Empfänger von Renten aus der Invaliden-

Briefe aus Oberschlesien.

(Von unserem P. H.-Sonderberichterstatter.)

Königshütte, den 28. Dezember 1920.

Um Oberschlesien, Deutschlands Südostmark, tobt gegenwärtig eine Geisterschlacht, die mit dem Näherrücken des Termins der Abstimmung noch ständig an Intensivität und Schwere zunimmt. Ich sage: Geisterschlacht, sofern der Kampf durch das Eingreifen polnischer Banden und Stoßtrupps nicht seines geistigen Charakters entkleidet, auf das Gebiet der Anwendung von Gewalt und Terror hinabgezerrt und zu einem Kampf der Fäuste, Gummiknüppel und Messer erniedrigt wird. Leider muß man aber sagen, daß die propagandistische Arbeit, die für die Erhaltung Oberschlesiens von deutscher Seite geleistet wird, sich fast ausschließlich auf schlesischen Boden beschränkt und darüber hinaus im Reiche die so dringend erwünschte Unterstützung und Förderung bisher nicht in genügendem Maße gefunden hat. Noch immer haben weite Kreise des deutschen Volkes nicht die ungeheure Bedeutung und Tragweite der oberschlesischen Frage begriffen. Und doch ist es nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß mit dem Stimmzettel, den die Optanten am Tage der Abstimmung über Oberschlesien in die Urne legen, nicht nur das Schicksal Oberschlesiens, sondern zugleich auch das Schicksal Gesamtdeutschlands entschieden wird.

Ich hatte während der letzten Zeit Gelegenheit, mit zwei bedeutenden Männern, die auf ihrem Gebiete eine führende Rolle spielen, über die gewaltige Entscheidung, die da unten an des Reiches Südostgrenze heraufrückt, eine längere Unterhaltung zu führen. Beide haben allezeit bewiesen, daß ihre Herzen nicht nur von heißer Liebe zum großen deutschen Vaterlande, sondern auch vom lebendigsten Heimatgefühl erfüllt sind. Der eine, ein Gelehrter, der Träger eines berühmten wissenschaftlichen Namens, der über die eingehendste Kenntnis schlesischer Landesnatur und schlesischen Volkstums verfügt, war extra herbeigeeilt, um sich inmitten des machtvoll pulsierenden Lebens des oberschlesischen Industriereviers noch einmal ganz von dem Bewußtsein der Größe dessen, das auf dem Spiele steht, durchdringen zu lassen. Er hatte wieder einmal den Redenberg hier bei Königshütte bestiegen, um von seinem Gipfel auf die sich da unten bis in nebelhafte Ferne reckende Welt der rauchenden Schlote, der fauchenden Maschinen, der schnurrenden und surrenden Räder hinabzublicken, und er hatte wieder einmal den Himmel von den Feuergarben der Converter erstrahlen sehen. Den gewaltigen Eindrücken, die er dabei von neuem empfangen, gab er im Gespräch mit mir begeisterten Ausdruck, und er skizzierte das Werden und Wachsen Oberschlesiens sowie seine gegenwärtige Bedeutung mit Worten, deren getreue Wiedergabe meinen Lesern gewiß von Interesse sein dürfte:

„Wie dieses Kulturzentrum entstand, das steht in frischer Erinnerung. Deutscher Spürsinn entdeckte neue mineralische Schätze und entlockte auch länger bekannte der Tiefe in beharrlicher, zielbewußter Leitung der Arbeitskraft des früher ungepflegt in Armut lebenden Landes. Wo vormals dürftige Äcker ein spärliches Landvolk in kümmerlichen Dörfern nährten, wuchsen um Kohlenschätze, Zinkerz- und Bleigruben betriebsame Städte und weiträumige Großgemeinden empor, belebt von dem rhythmischen Pulsschlag der Maschinen, aufstrebend zu regerem Geistesleben, das in wohlgerüsteten Stätten der Bildung treue Pflege fand. Welch großzügiges Leben hier seine schöpferischen Fähigkeiten entfaltete, das wissen freilich nicht einmal alle Bürger des deutschen Reiches."

Daß der Verlust eines Gebietes, das zu solcher Blüte emporgediehen ist, und solche Höhe materiellen und geistigen Daseins repräsentiert, für das ganze wirtschaftliche und kulturelle Leben Deutschlands ruinöse Wirkungen zeitigen müßte, liegt auch ohne detaillierten Nachweis klar auf der Hand. Auch hierfür fand mein Gewährsmann den treffendsten und prägnantesten Ausdruck. Er erklärte:

„Deutschland Oberschlesien nehmen, hieße die wirtschaftlichen Lungen aus seinem lebendigen Leibe schneiden. Es wäre, als wollte man England der Provinz Lancashire berauben."

Wesentlich andere Prägung wies die zweite bedeutende Persönlichkeit auf, mit der ich über die folgenschwere Entscheidung, die unserer Südostmark und damit ganz Deutschland harrt, sprechen durfte. Es war ein Kapitän der Industrie, ein führender Mann des deutschen Wirtschaftslebens, der dieses Leben in dem ganzen Reichtum seiner Beziehungen zu überschauen vermag, und in jahrzehntelanger schaffender Arbeit nicht nur das oberschlesische Industrierevier, sondern auch weite Gebiete des übrigen Deutschlands, so besonders den Ruhrkohlenbezirk, aus eigenster Anschauung aufs gründlichste kennen gelernt hat. Unser Gespräch fand in unmittelbarem Anschluß an eine Unterredung statt, die vor wenigen Wochen Herr Korfanty, der sich schon ganz als künftiger Wojewode von Schlesien fühlt, nach Art großer Herren einem Zeitungsberichterstatter gewährt hatte. In diesem Interview hatte Korfanty zur Abwechslung einmal behauptet, daß Deutschland Oberschlesiens gar nicht bedürfe, da die gesamte Fördermenge oberschlesischer Kohle ins Ausland gehe. Gewöhnlich befolgen die Polen sonst die entgegengesetzte Taktik, indem sie behaupten, Oberschlesien sei Deutschland wirtschaftlich unentbehrlich und komme dementsprechend für uns nur als Rettungsanker und Ausbeutungsobjekt in Frage. Alles Gerede, als ob wir mit der Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland auch das Wohl der Oberschlesier selber wahren wollten, sei dagegen täuschende Maske. Indessen schlägt man, wie Korfantys Beispiel lehrt, gelegentlich auch andere Töne an; der Köcher der Polen ist mit Pfeilen verschiedenster Art gespickt. Mein industrieller Gewährsmann wußte mit wenigen wuchtigen Zahlen den Korfantyschen Schwindel, als ob wir Oberschlesiens nicht bedürften, zu entlarven. Sie seien meinen Lesern hier mitgeteilt und verdienen es wohl, von der deutschen Öffentlichkeit recht nachdrücklich beachtet zu werden.

Danach hatte im Jahre 1910 an dem Steinkohlenverbrauche in den deutschen Gebieten östlich der Elbe die oberschlesische Kohle folgenden Anteil: Im Regierungsbezirk Breslau (außer der Stadt Breslau) und im Liegnitzer Bezirk 60 vom Hundert, in der Stadt Breslau 84 v. H., in der Provinz Posen 94 v. H., in Ost- und Westpreußen 77,5 v. H., in Pommern 90 v. H., in der Provinz Brandenburg (ohne Groß-Berlin) 54 v. H., und in Berlin samt seinen Vororten 13 v. H. Auch wenn man von den inzwischen polnisch geworden Gebieten Polens und Westpreußens absieht, hat also im ostelbischen Deutschland der Verbrauch an Steinkohle zu weit mehr als der Hälfte durch oberschlesische Kohle gedeckt werden müssen. Im Jahre 1913, dem letzten Vorkriegsjahre, ferner betrug die Gesamtproduktion an Steinkohle in Deutschland rund 190 Millionen Tonnen, dazu steuerte Oberschlesien 43 Millionen To. bei. Von dieser Menge wurden 30 Millionen teils in Oberschlesien selbst, teils im übrigen Deutschland verbraucht, und nur 13 Millionen To. gelangten zum Versand ins Ausland. Für Blei-, Silber- und Zinkerze endlich betrug der Anteil Oberschlesiens an der gesamten Förderung Deutschlands in dem nämlichen Jahre 1913, die sich auf rund 2 000 000 Tonnen bezifferte, 1 550 000 Tonnen. Von diesen 1½ Millionen Tonnen oberschlesischer Erze wurden nur etwa 200 000 exportiert, während der ganze Rest in Deutschland selber Verwendung fand. Zahlen beweisen, sagt Benzenberg. Also, lieber Pan Korfanty, wenn Sie wieder einmal schwindeln wollen, dann suchen Sie sich wenigstens ein Feld aus, wo Sie nicht angesichts der wuchtigen Sprache der Zahlen einem gleichen Reinfall ausgesetzt sind.

Für jedermann aber, der objektiv zu urteilen weiß, dürfte sich aus Vorstehendem die Überzeugung ergeben, daß Deutschland mit dem Verluste Oberschlesiens in seinem Lebensnerv getroffen würde. Die Wissenschaft wie die Praxis des gewerblichen Lebens, Gelehrte und Industrielle treffen in der Anerkennung dieser Tatsache zusammen, und es wäre dringend zu wünschen, daß solche Stimmen, deren Gewicht außer Frage steht, nicht ungehört und ungeachtet verhallen möchten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201229-11/fragment/page=0002
DFG

versicherung, die am 1. Januar 1921 neben ihrer Rente ein Zulage beziehen, von diesem Zeitpunkt eine außerordentliche Beihilfe, und zwar Empfänger einer Invalidenrente, Altersrente, Krankenrente, Witwenrente und Witwenkrankenrente monatlich 40 M, Empfänger einer Waisenrente monatlich 20 M außer den bisherigen Bezügen. Der Betrag der Beihilfe ist in die Quittung für die laufende Rente und Zulage mit aufzunehmen. Die Ausfertigung besonderer Quittungen für die Beihilfe ist daher nicht erforderlich, für Monat Januar aber ausnahmsweise zugelassen. In Zweifelsfällen werden die Postanstalten den Rentenempfängern zur Hand geben.

** **In der Landwaisenanstalt zu Langendorf bei Weißenfels** kann Ostern 1921 noch eine Anzahl gesunder und unverdorbener Knaben und Mädchen, deren Vater verstorben und deren noch lebende Mutter unbescholten ist, im Alter von 8—10 Jahren Aufnahme finden. Der jährliche Erziehungsbeitrag beträgt 300 M. Gesuche um Aufnahme sind baldigst an den Landeshauptmann zu Merseburg einzureichen.

** **Billiges Porto zu Neujahr für Bildpostkarten.** Der „Schutzverband für die Postkarten-Industrie E. V.“ macht darauf aufmerksam, daß zu Neujahr zum Drucksachenporto von 10 ₰ Ansichts- und Bildpostkarten, Besuchskarten mit handschriftlichen Zusätzen versandt werden können, die den Namen, Stand, Wohnort nebst Wohnung des Absenders, sowie außerdem höchstens fünf Worte enthalten dürfen, in denen gute Wünsche, Glückwünsche oder andere Höflichkeitsformeln zum Ausdruck gebracht werden.

** **„Im Namen des Volkes.“** Die Überschrift von gerichtlichen Urteilen wird jetzt in Preußen auf Anordnung des preußischen Justizministers Dr. Am Zehnhoff eine andere Fassung erhalten. Die Gerichte sind angewiesen, über den Kopf von gerichtlichen Urteilen jeder Art künftig, und zwar vom Tage des Inkrafttretens der Verfassung des Freistaates Preußen ab, die Überschrift zu setzen: „Im Namen des Volkes!“ Zum Zwecke der Papierersparnis sind die vorhandenen Formulare handschriftlich zu ändern und aufzubrauchen.

** **Zum Gohnschen Düngemittelschwindel,** vor dem wir bereits gewarnt haben, teilt die Landwirtschaftskammer in Wiesbaden mit: Unsere Nachforschungen haben ergeben, daß die Firma „Deutsche Düngmittel-Industrie Max Gohn, Wiesbaden, Nerotal 14“, als Gegenleistung für die Bezahlung von 50 M eine aus wenigen Sätzen bestehende Beschreibung nebst Zeichnung einer Düngerstätte liefert. Wir haben demzufolge Veranlassung genommen, die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zu unterbreiten. (Uns schien die Sache gleich verdächtig und verlangten wir beim Ersuchen um Aufnahme des Schwindel-Inserates vorherige Bezahlung. Darauf erhielten wir keine Antwort. Jedenfalls sind nun auch eine ganze Reihe Zeitungen die Geprellten und können sich mit den hineingefallenen Landwirten trösten. D. Red.)

** **Zugunsten der Grenzspende für Oberschlesien** wird im Auftrage der Verwaltung der Grenzspende in Berlin NW., Bellevue, eine Postkartenserie versandt, die neben drei sehr schönen Blumenkarten neun künstlerisch außerordentlich wertvolle Ansichten aus allen Abstimmungsgebieten enthält. Wer die Karten zu dem wohlfeilen Preis von 5 Mark erwirbt, kann sie mit beliebiger Inschrift versehen, portofrei machen und nach Leipzig schicken, wo sie mit einem besonderen amtlichen Poststempel entwertet werden, der die Inschrift führt: „Gib Deine Grenzspende für Oberschlesien“. Der Erwerb der Postkarten, die ein dauerndes Andenken an die Volksabstimmungen und — mit dem Sonderstempel — eine Seltenheit für den Sammler sind, kann allen Empfängern wärmstens empfohlen werden.

** **Auflösung der Viehhandelsverbände.** Durch Anordnung des preußischen Staatskommissars für Volksernährung vom 27. November 1920 sind die im preußischen Staatsgebiet bestehenden Viehhandelsverbände mit Einschluß des Zentralviehhandelsverbandes mit Wirkung vom 30. November 1920 an aufgelöst worden. Die laufenden Geschäfte, insbesondere die Herstellung und Verteilung der Bergarbeiterzulage an Fleisch und Wurst und die damit verbundenen geschäftlichen Angelegenheiten, sowie die Verteilung von Auslandsfleisch als Notstandsreserve sind jedoch bis zur Beendigung der Liquidation weiter fortzuführen, soweit sie nicht von den Provinzial- bezw. Bezirksfleischstellen erledigt werden.

** **10 000 M für Auffindung eines flüchtigen Bankdefraudanten** kann man sich verdienen. Der Bankdefraudant Hermann Bettels aus Oker (Prov. Hannover), der sich auch Hans Niemer oder Paul Sander nennt, wird augenblicklich von der Berliner Polizei gesucht. Es sind 10 000 M Belohnung auf ihn ausgesetzt. Er ist am 5. 5. 1893 in Oker, Provinz Hannover, geboren, etwa 1.70 Meter groß und schlank. Er hat dunkelblondes Haar, dunkle Gesichtsfarbe, mehrere goldene Zähne und auf der einen Gesichtshälfte eine schmale Narbe. Den Kopf trägt er beim Gehen etwas nach vorn geneigt.

** **Die Verbreiterung der Kleinen Ritterstraße** vor dem Kreishause geht allmählich ihrer Vollendung entgegen. Die alte gelbsteinige Mauer hat man weggerissen und etwa 2 Meter zurück eine freundliche weiße Mauer mit einem hübschen Holzgeländer und prächtigen Tor wieder aufgebaut. Auch mit der Neupflasterung des Bürgersteiges vor dem Kreishause ist bereits begonnen worden. Auf diese Weise wird der Anblick des Einganges der Kleinen Ritterstraße von der Bahnhofstraße her erheblich verschönt, so daß der übrige für den Verkehr zu enge Teil der Kleinen Ritterstraße in einen auffälligen Gegensatz dazu tritt.

** **Ein durchgebranntes Pferd** durchrannte heute gegen 10 Uhr in rasendem Tempo die Straßen unserer Stadt. Es war in der Weißenfelser Straße Zigeunern entwichen, durchquerte Gotthardtstraße, Entenplan, Markt und Roßmarkt und konnte erst hier von zwei Fuhrleuten aufgehalten werden. Ein Glück ist es, daß folgenschwere Zwischenfälle nicht eintraten.

** **Der 110. Bildungsabend** findet am Montag den 3. Januar, abends 8 Uhr, im „Herzog Christian“ statt. Nach einem kurzen Überblick auf die Bildungsabende des Jahres 1920, den Oberlehrer Hemprich gibt, hält Sekretär Kassel seinen 2. Vortrag über Goethes Faust. — (Siehe Anzeige in der heutigen Zeitung.)

*

Auflösung des Kreis-Einkaufs des Kreises Merseburg.

Im Amtsblatt für den Kreis Merseburg, das der heutigen Nummer unserer Zeitung beiliegt, macht der Leiter des Kreiswirtschaftsamtes, Stadtrat Langer, bekannt, daß der Kreis-Einkauf des Kreises Merseburg mit dem 31. Dezember 1920 aufgelöst wird. Die Verteilung der rationierten Lebensmittel, die noch übrig sind, besorgt der Kaufmann Willy Kraußе im Hause Gr. Ritterstraße 5.

*

Amerikanische Lebensmittel für Deutschland.

Schreibt an eure Freunde oder Verwandten in Amerika!

Unter Leitung des Roten Kreuzes ist von den Vereinigten Staaten von Amerika eine Organisation errichtet worden, deren Aufgabe es ist, Lebensmittel von Amerika nach der Tschechei, nach Österreich-Ungarn, Danzig und Polen und vor allen Dingen nach Deutschland zu bringen. Es gibt in den Vereinigten Staaten für 10 und 50 Dollars Lebensmittelanweisungen zu kaufen. Nach Kauf werden sie von dem Käufer in einem Einschreibebrief an diejenige Person in Deutschland gesandt, auf deren Namen sie lauten. Der Empfänger hat sich darauf schriftlich an das „American Relief Warehouse“ in Hamburg zu wenden und erhält darauf das auf der Lebensmittelanweisung bezeichnete Paket. Ein kleines Paket, für das der Käufer in Amerika eine Lebensmittelanweisung für 10 Dollars gekauft hat, enthält 24½ engl. Pfund Mehl, 10 englische Pfund Reis, 8 engl. Pfund Speck und 8 Dosen Milch. Das große Paket für 50 Dollars enthält 140 engl. Pfund Mehl, 50 Pfund Reis, 16 Pfund Speck, 15 Pfund Schmalz, 12 Pfund Corned beef und 48 Dosen Milch. Das Warehouse liefert nur erstklassige Lebensmittel. Wer darum einen Verwandten, Freund oder Bekannten in Amerika hat, der schreibe ihm sofort und bitte ihn, eine Lebensmittelanweisung zu kaufen. Wenn er sich schämt, für sich zu betteln, so tue er es für andere. Fort mit der zurückhaltenden Scham! Die Amerikaner wünschen dringend, solche Bitten zu erhalten. In Berlin, Frankfurt a. M., Dresden, München, Stuttgart und Leipzig wird die Einrichtung neuer amerikanischer Warenhäuser vorbereitet, die für die Einlösung der Lebensmittelanweisungen bestimmt sind. Darum noch einmal: Bittet eure Freunde in Amerika um den Kauf einer Lebensmittelanweisung auf euren Namen! Zoll braucht ihr nicht zu bezahlen. Auf die Lebensmittelkarten wird nichts angerechnet!

Die Einfuhr von Liebesgaben zu erleichtern,

bezweckt eine besondere Verfügung des Reichsministers der Finanzen. Wenn Reisende für Verwandte und Bekannte in Deutschland Liebesgaben mitbringen, so sollen sie, wenn es irgend möglich ist, sofort beim Grenzeingangsamt abgefertigt werden. Ergibt sich bei der Abfertigung eine hinreichende Sicherheit, so kann das Grenzeingangsamt die Liebesgaben sofort abgabenfrei ablassen. Wenn die Zollbehörde zwar keine Zweifel an der Eigenschaft der Sendung als Liebesgabe hegt, aber eine Ergänzung der Belege oder aus besonderen Gründen eine Nachprüfung für erforderlich hält, so hat das Abfertigungsamt entweder den Beauftragten des Empfängers oder Absenders zu veranlassen, für die Ergänzung des Nachweises Sorge zu tragen. Gegebenenfalls kann dann eine Sicherstellung der Gefälle verlangt werden.

Die zuständigen Ministerien haben verfügt, daß die allgemeine

Fleischbeschau bei allen Liebesgabensendungen

ohne Rücksicht auf die Gewichtsgrenze nicht mehr vorgenommen werden soll. Im Interesse des Empfängers liegt es aber, daß die Trichinenschau, die u. a. in den Vereinigten Staaten nicht üblich ist, auch bei den Liebesgabensendungen weiter erfolgt. Die Zollbehörden sollen deshalb die Sendungen auf trichinenschaupflichtige Schweinefleischwaren im frischen oder zubereiteten Zustande prüfen und zur Untersuchung auf Trichinen der zuständigen Beschaustelle oder dem nächsten erreichbaren Schlachthof oder Trichinenschauer überweisen. Trichinöses Schweinefleisch wird vorschriftsmäßig brauchbar gemacht und dem Empfänger dann schleunigst zugestellt.

*

Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten eine Wanderausstellung geschaffen, die bereits in einer Reihe von Städten unter lebhaftestem Zuspruch aller Bevölkerungsschichten gezeigt wurde. Wie man uns mitteilt, wird diese lehrreiche Ausstellung binnen kurzem auch nach Merseburg kommen, und wird vom 16. bis 30. Januar nächsten Jahres in den Räumen der Städt. Turnhalle in der Wilhelmstraße der allgemeinen Besichtigung zugänglich sein.

*

Hausfrauenkalender.

Ausgabe der Januar-Milchkarten gegen Rückgabe der Dezember-Stammkarten im alten Rathaus (Burgstraße) von 8—12½ Uhr und 3—7 Uhr für die Kunden der Milchverkaufsstellen **Prall, Seeburg, Kunze** und **Meißner** am **Donnerstag.**

*

Wetterwarte.

V. W. am 30. 12. (Donnerstag): Meist wolkig bis trüb, mild, mäßiger Regen. — 31. 12. (Freitag): Wechselnd bewölkt, zeitweise heiter, etwas kälter, etwas Niederschläge.

---

§ **Netzschkau, 29. Dez.** Wie kürzlich berichtet, wurden dem hiesigen Gast- und Landwirt Hoffmann außer einer großen Summe Bargeld auch noch eine Anzahl Bekleidungsstücke, sowie die gesamte Wäscheausstattung der Tochter gewaltsam geraubt. Heute erhielt der Genannte die erfreuliche Mitteilung, daß ihm der gesamte Schaden seinen Angaben gemäß von der „Allianz“, wo er sich kurze Zeit vor dem Raub — durch Vermittelung der Landfeuersozietät — versichert hatte, in bar ersetzt wird.

g. **Gröbers,** 29. Dez. Die Zuckerfabrik Schwoitsch hat ihren Arbeitsabschnitt schon vor einiger Zeit beendet, nachdem auch die Rüben der Aktionäre, welche nicht als erste und letzte Lieferanten in Betracht kommen, zur Verarbeitung gekommen sind.

Turnen — Spiel — Sport.

Bekanntmachung des Saalegau im V. M. B.-V. Die fehlenden Städte-Trikots sind bis spätestens 3. 1. 21 abzugeben, andernfalls Bestrafung erfolgt. — Wir machen die Liga-Vereine darauf aufmerksam, daß die betreffenden Spieler, welche in der 2. Runde bereits zweimal in der Liga gespielt haben, nicht für die Stamm-Mannschaften der Reserve-Mannschaften gemeldet werden dürfen. — Die nächste Vorstandssitzung findet erst am Montag den 3. 1. 21 statt. — Am 2. 1. 21 findet nachstehendes Verbandsspiel statt: Vor. III—96 III (Sportbrüder). — Nachstehende Vereine haben trotz wiederholter Mahnung dem Gauvorstand die Vereins-Satzungen nicht eingereicht. Wir bitten, dies bis 1. Februar 1921 nachzuholen oder uns schriftlich zu melden, aus welchem Grunde die Einreichung nicht geschehen kann. V. f. L. 96, Wacker, 98, Borussia, Sportfreunde, Favorit, V. f. L.-Merseburg, Preußen-Halle, Hoh.-Merseburg, T. V. G., Jahn-Trotha, Eintracht-Crumpa, Vorwärts-Kötzschen, Hertha-Halle. — Favorit Jgd.—96 Jgd. Spiel am 21. 11. 20. Fav. wird wegen ihres Benehmens dem Schiedsrichter gegenüber mit einem öffentlichen Verweis bestraft. — Der Protest Hoh.-M. I—Oly. I. Spiel am 7. 11. 20 betreffend wird abgelehnt, da es sich bei fraglichem Spiele um tatsächliche Entscheidungen des Schiedsrichters handelt. Der Schiedsrichter hat zu der Protestschrift von Hoh.-Merseburg ausdrücklich erklärt, daß er sich in seinen Entscheidungen durch die Zurufe des Publikums nicht hat beeinflussen lassen. Von den angeblichen Steinwürfen bezw. Stockschlage hat der Schiedsrichter nichts bemerkt. Die Gebühr verfällt. Am Montag den 3. 1. 21 finden in Mars la Tour folgende Verhandlungen statt. ½7 Uhr: Spieler Penzel (A. K. W.-Mücheln) betr. Spiel am 14. 11. 20 und Schiedsrichter Paul Gründler (Sport-Club Mücheln). — 7 Uhr: Spieler Paul Kirchner (Vorwärts-Kötzschen) und den Spielführer, den Spieler Otto Kops und Schiedsrichter Herm. Loel (Preußen-M.). Spiel am 19. 12. 20 betreffend. — ½8 Uhr: Griebl (Sportvereinigung). — 8 Uhr: Schiedsrichter Ecke (Sportfr.) und Spieler Willi Franke (Hoh.-M.). — ½9 Uhr: Vor.-Liga-Ref.—Sportfr.-Liga-Ref. betr. Spielberechtigung Noack, dazu je 1 Vertreter mit Unterlagen sowie den Spieler Noack (jetzt Olympia). — 9 Uhr: Protest Eintr. I—Komet I Spiel am 12. 12. 20, dazu je 1 Vertreter, die Spielführer, der Schiedsrichter Kühn (98), Spröte (1910), die Spieler Necke, Jäger, Schech, Lorenz, Stöcklein (Eintracht), Fröhlich, Walter Burghardt, Wilhelm Schäfer, Vörkel sen. und Mehlhose (Komet.) (Stoye.)

*

Liga-Verbandsspiel am 2. Januar 1921.

Die Liga-Mannschaft des V. f. L. beginnt am Sonntag, den 2. Januar die Spielserie des neuen Jahres mit ihrem Verbandsspiel gegen Halle-96 auf ihrem Sportplatz in der Krautstraße. Beginn des Spieles um 2 Uhr. Näheres über dieses Spiel berichten wir noch an dieser Stelle.

Handel — Verkehr — Industrie.

= **Der Markkurs** notierte am Dienstag in Zürich 8,95 Centimes, er ist gegen den vorangegangenen Tag um 0,15 Centimes gefallen. In Amsterdam wurden für die Mark 4,37½ Cents bezahlt, was gegen den Vortag eine Verbesserung um 0,02½ Cents bedeutet.

Vermischte Nachrichten.

Dynamitattentat gegen einen Landgerichtsrat in Elberfeld.

Wie den Blättern aus Elberfeld gemeldet wird, wurde dort ein Dynamitattentat gegen das Haus des Landgerichtsrats verübt, der die Untersuchung in der Hochverratssache gegen den infolge Hungerstreiks gestorbenen Rechtsanwalt Lamp geführt hat.

Verschiebung von Ruhrkohle nach Polen!

Wie die Blätter aus Dresden melden, sind die Grenzbehörden einer großen Schiebung von Ruhrkohle auf die Spur gekommen. Es handelt sich um 7 große Schleppkähne, die mit 140 000 Zentnern Steinkohle von Deutschland nach Polen verschoben werden sollten.

Riesenbrände in Elsaß-Lothringen.

Metz, 29. Dez. In Metz fiel das erst vor einem Vierteljahr eröffnete vornehmste Warenhaus „Reaumur“ auf bisher noch nicht geklärte Weise einer abendlichen Feuersbrunst zum Opfer. Von dem dreistöckigen Bau sind nur noch die Grundmauern übriggeblieben. Sämtliche reichen Warenvorräte sind teils durch Feuer, teils durch Wasser zerstört worden. Der Schaden der Pariser Firma wird auf 4 Millionen Franken geschätzt.

Straßburg, 29. Dez. Zweifellos auf Brandstiftung zurückzuführen ist die Einäscherung der Spinnerei Herzog in Logelbach bei Colmar, die 8 Millionen Franken Schaden verursachte. Ungeheure Vorräte von Baumwolle, Leinen, Seide wurden vernichtet; desgleichen die ganze Buchhaltung. Die Löscharbeit war gerade unmöglich infolge gänzlichen Wassermangels, da die Bäche vereist waren und die Leitung nicht mehr funktionierte.

Veruntreuungen bei einer Dresdener Bankfiliale.

Dresden, 29. Dez. Große Unregelmäßigkeiten wurden nach der „Dresdner Volkszeitung“ vor einigen Wochen in der Landständischen Bank, Filiale Dresden, aufgedeckt. Ein dort beschäftigter Oberbuchhalter Jentzsch hatte sich an ihm anvertrauten Werten vergriffen. Wie die Ermittelungen inzwischen ergeben haben, beträgt die veruntreute Summe gegen 170 000 Mark. Zwischen der Direktion und dem sofort entlassenen Dieb wurde vereinbart, daß der letztere sich verpflichtet, die zu Unrecht erlangten Gelder nach und nach wieder zurückzuzahlen.

Verhinderte Salvarsanschiebungen.

München, 29. Dez. Im Gebäude der Deutschen Bank wurde hier eine große Salvarsanschiebung aufgedeckt, an der drei Deutsch-Russen und ein Magistratsbeamter beteiligt waren. Die Schieber hatten versucht, gefälschtes Salvarsan zum Preise von 28 000 M für das Kilo zu verkaufen. Die Betrüger wurden verhaftet.

Der Großindustrielle Otto von Steinbeis †.

München, 29. Dez. In Brannenburg ist der Geheime Kommerzienrat Dr.-Ing. h. c. Otto von Steinbeis, einer der ersten Großindustriellen Süddeutschlands, im Alter von 82 Jahren gestorben. Sein Name ist mit den Bauten der Gotthardbahn, den vielen Brückenbauten, den Walderschließungen, vor allem mit den großen Unternehmungen in Bosnien aufs engste verknüpft. Steinbeis war auch der Erbauer und Besitzer der Wendelsteinbahn, Bayerns einziger Bergbahn.

Die Juwelen des Prinzen von Wied.

Hamburg, 29. Dez. Dem „Hamburger Fremdenblatt“ wird aus Stockholm gedrahtet: Das hiesige Hofgericht kam gestern in dem Prozeß wegen der seinerzeit in einem Flugzeug nach Schweden gebrachten Juwelen des Fürsten von Albanien einstimmig zu einem Freispruch von allen Anklagen und Beschuldigungen. Die Freigabe des gesamten Schmuckes wurde verfügt.

*

Der Kampf gegen das Schmuggler- und Schieberunwesen an der deutschen Westgrenze.

Nach einer Meldung des „Lok.-Anz.“ aus Aachen hat das Aachener Polizeipräsidium eine besondere mit Fahrrädern und Waffen ausgerüstete Stoßtruppe von Polizeitruppen aufgestellt, die das Schmuggler- und Schieberunwesen an der deutschen Westgrenze bekämpfen soll. Im Laufe der vergangenen vier Wochen wurden allein in der Aachener Gegend für etwa 12 Millionen Mark Schmugglerwaren beschlagnahmt.

Bonn, 29. Dez. Die Polizei und die Überwachungsbehörden an den Rheinbrücken bei Bonn, Köln und Düsseldorf haben in der ersten Dezemberhälfte 128 Personen wegen Schieberei und Schmuggel verhaftet. Auf dem Kölner Hauptbahnhof sind am 20. und 22. Dezember 110 Personen wegen Schmuggels festgenommen worden. Die Schmuggelware wurde dem Reichsbeauftragten für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr bezw. der Zollbehörde überwiesen.

*

Rückkehr der Palästinadeutschen.

Berlin, 20. Dez. Am 23. Dezember haben, wie uns der Verein der Palästinadeutschen mitteilt, rund 300 Personen das deutsche Vaterland verlassen, um in das Heilige Land zurückzukehren. Daß die Rückkehrerlaubnis verhältnismäßig rasch erlangt wurde, verdanken die Palästinadeutschen der vereinten, unermüdlichen Unterstützung, die sie beim Auswärtigen Amt, bei der württembergischen Regierung, bei dem deutschen Auslandsinstitut, bei der deutschen Presse und besonders auch bei der religiösen Gesellschaft der Quäker gefunden haben.

*

Ein neuer Bombenanschlag in Oberschlesien.

Oppeln, 29. Dez. In Vogtsdorf wurde gestern gegen den Laden eines Kaufmanns ein schweres Bombenattentat verübt. Plötzlich flog gegen die Ladentür ein schwerer Gegenstand. Beim Öffnen des Ladens explodierte eine Bombe. Sieben Personen wurden verletzt, davon drei schwer. Ärzte und Abstimmungspolizei trafen an Ort und Stelle ein. Die Verfolgung der Täter ist ergebnislos geblieben. Gegen den Geschäftsinhaber wurden schon seit Tagen Drohungen laut. In Oppeln herrscht heute angesichts einer für Dienstag abend einberufenen Polenversammlung große Aufregung.

Der Glückwunsch zum Jahreswechsel

hat sich bei unserer Bevölkerung so eingebürgert, daß seine Unterlassung recht unliebsam empfunden werden würde. Bei den erhöhten Portogebühren und den außerordentlich gestiegenen Preisen für Karten und Briefumschläge spricht man seine Glückwünsche am besten

in Gestalt einer Anzeige

im meistverbreiteten

Merseburger Korrespondent

aus. Da für die Silvesternummer wie bisher ein starker Andrang zu erwarten ist, bittet die Geschäftsstelle, alle diese Neujahrsanzeigen schon jetzt zu bestellen.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

630]

Bekämpfung der Raupenplage.

Ich habe Veranlassung, auf nachstehende Polizeiverordnung erneut hinzuweisen.

Polizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzsammlung Seite 265) und des § 142 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsammlung Seite 195) wird für den Umfang des Kreises Merseburg unter Zustimmung des Kreisausschusses nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Besitzer und Pächter von Obstbäumen und lebenden Hecken sind verpflichtet, die Raupen und Raupennester des Goldafters, Ringelspinners, der Apfel- und Heckengespinstmotte, sowie der Blutlaus an den Apfelbäumen zu vernichten. Die Bekämpfung der Raupen muß im Mai, Juni und Juli und die der Blutlaus hat während des ganzen Jahres zu erfolgen. Bis 15. Februar jeden Jahres müssen die Raupennester beseitigt sein.

§ 2.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, soweit nicht nach dem Reichsstrafgesetzbuche höhere Strafen verwirkt sind, mit Geldstrafe bis zu 30 M, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt, bestraft.

§ 3.

Vorstehende Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntgabe im Kreisblatt in Kraft.

Merseburg, den 5. Oktober 1918.

Der Königliche Landrat.
J. V. gez.: v. Grone.

Veröffentlicht!

Merseburg, den 8. Dezember 1920.

Der Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreisdeputierter.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201229-11/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Möbliertes Zimmer an besseren Herrn zu vermieten Roonstraße 13, 2 Tr. r.

Mittl. Beamter
sucht möbl. Zimmer,
bei alleinsteh. Person bevorzugt. Angeb. u. 2935 a. d. Exp. d. Bl.

Selbständiger Kaufmann sucht für sofort oder später
gut möbl. Zimmer
möglichst Nähe des Bahnhofes. Angeb. u. 2933 a. d. Exp. d. Bl.

Jung. Mann sucht sof. od. 1.1.1921
Schlafstelle.
Offerten an B. Stecher, Gasthaus „Alte Post".

Wer tauscht 3 bis 4 Zimmerwohnung in Merseburg gegen 4 Zimmerwohnung in Halle. Gefällige Offerten abzugeben Delgrube 31, part.

Kaufe getragenen Cutaway.
Angebote unter 2936 an die Exped. d. Bl.

Kriegsbeschädigter
sucht Schreibtisch (kann älteres System sein). Angebote u 2933 an die Exped. dieses Blattes.

Einige gebrauchte
Damen- u. Herren-Fahrradgestelle
kauft **Max Schneider,** Schmale Straße 14.

Fahrräder!
Auch defekte u. Teile, ohne Bereifg. kauft R. Gärtner, U.-Altenbg. 4.

Guterh. Gehrock mit Weste, Zylinder, (Nr. 56), 2 P. Glacéhandschuhe, 1 Pelz (Iltis) zu verk. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Alter Ausziehtisch
ist zu verkaufen Weinberg 2.

Himbeersträucher,
(Marlborough) hat in größeren und kleineren Posten abzugeben. Feit, Meuschauer Mühle.

Mod. Transmissionen sof. lieferb., Preisl. umsonst. H. & F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Hübscher, mittelgroßer
Stubenhund,
der sich auch zur Bewachung von Haus und Hof eignet, zu verkaufen Naumburger Straße 35, part.

---

1 gr. Arbeitsochsen
u. 1 Ochse z. Schlachten verk. Schmidt, Friedrichstr. 30.

Frischmilchende Kuh
zu verkaufen Lauchstedt, Schillerstraße 160.

Leichte Fuchsstute, 10 Jahre, sehr flotter Ein- und Zweispänner verkauft Feit, Meuschauer Mühle.

Mittleres Pferd
steht preiswert zum Verkauf. Sattler **Schütz,** Schotteren b. Lauchstedt.

Frisch eingetroffen Hasen
auch zerlegt,
lebende Spiegelkarpfen u. Schleie,

frischen Schellfisch, frischen Kabeljau, Heringssalat
bei
Emil Wolff
Roßmarkt.

---

10 Stück junge Zuchtsauen
Abstammung Hösch, Neukirchen teils tragend, hat abzugeben
Ernst Heinrich, Viehhandl. Schafstädt, Telefon 4.

Für uns anläßlich unserer Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten und Geschenke sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.

Gustav Vogt u. Frau
Frieda geb. Schreinert.

Bedra, Weihnachten 1920.

Für die uns anläßlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hiermit herzlichen Dank.

Hermann Stier u. Frau
Else geb. Böhme.

Wegwitz, im Dezember 1920.

Am Dienstag den 28. Dezember verschied plötzlich und unerwartet durch Herzschlag meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter, Großmutter, Tochter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Ida Ackermann geb. Busch

im Alter von 44 Jahren.
Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen
Familie Ackermann.

Merseburg, den 29. Dez. 1920.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr vom Altenburger Friedhof aus statt.

Gestern vormittag ½ 11 Uhr verschied plötzlich nach kurzem, schweren Leiden meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwester und Schwägerin

Frieda Noth geb. Richter

im Alter von 38 Jahren. In tiefem Schmerz
Franz Noth und Kinder.

Merseburg, den 29. Dez. 1920.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 2 Uhr von der Kapelle des städt. Friedhofes aus statt.

Statt besonderer Anzeige.

Unsere liebe Mutter

Frau Sophie Keil geb. Frank

ist am 27. Dez. in Frieden heimgegangen.

Wilmersdorf, Koblenzer Straße 26.

Im Namen der Hinterbliebenen
Erich Keil
Willi Keil
Clara Goering geb. Keil,
Lissi Keil

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir unseren innigsten Dank.

Merseburg, den 29. Dezember 1920.

Im Namen der Hinterbliebenen
Stephanie Neumann.

---

1 Küchen- und Schlafzimmer-Einrichtung sowie 1 Tisch
wegzugshalber sofort zu verkaufen Ober-Altenburg 26, 1 Tr.

Nach längerer, gewissenhafter, fachärztlicher Ausbildung an der Universitäts-Augenklinik Halle Saale (Direktor: Geheimrat Prof. Dr. Schieck), an der Privat- und Provinzialaugenheilanstalt in Bromberg (Geheimrat Dr. Augstein) und an der Privataugenklinik in Neunkirchen/Saar (San.-Rat Dr. Langauth) teile ich hierdurch der Einwohnerschaft von Merseburg und der Umgebung meine im neuen Jahre in Merseburg erfolgende

Niederlassung als Augenarzt

mit Sprechstunden ab 15. Februar 1921 wochentags täglich vormittags von 9—12 Uhr, nachmittags von 3—6 Uhr.

Dr. med. des. Baege,
Merseburg a/Saale, Marienstr. 1.

Von Sonnabend, den 1. Januar, steht wieder eine große Auswahl junge, schwere, hochtragende
Kühe und Färsen, darunter Zugkühe, sowie frischmilch. Kühe mit Kälbern
zu äußerst billigen Preisen bei mir zum Verkauf
W. Ziegenhorn, Schafstädt. Tel. 32.

Geld erhalten solide Leute jeden Standes von 100—30000 Mark durch
Otto Ludekus, Dresden-A., Wilsdrufferstraße 27.
Anfragen Marken beifügen.

---

30 bis 35000 Mk.
auf Grund zu leihen gesucht.
Angebote unter 2942 an die Expedition dieses Blattes.

Weingrosshandlung Walther Bergmann
Gotthardtstraße 19. Fernruf 200

Zum Silvester und Neujahr
empfehle meine gut gepflegten
Rot- u. Weissweine, Jamaika-Rum, Arrak, Kognak u. Liköre.
Ferner Punsche in Ia Friedensqualität der Fa. Rückforth A.-G., Stettin.

Bahnhof Niederbeuna.
Es ladet zum
Silvester-Ball
freundlichst ein — Anfang 6½ Uhr! — Fr. Jätzsch.

---

110. Bildungsabend
Montag, den 3. Jan., abends 8 Uhr, im „Herzog Christian".

1. Rückblick auf die Bildungsabende des Jahres 1920. Oberlehrer Hemprich.
2. Goethes Faust. 2. Vortrag des H. Sekretär Kassel.

Jedermann herzlich willkommen.

G.-V. Einigkeit
Merseburg
ladet seine Gäste und Gönner zu dem am 31. Dezember 1920, von abends 7 Uhr ab im Gasthaus zum Raben in Schkopau stattfindenden
Silvesterball
ein. — Der Vergnügungsausschuß.

Voranzeige! Voranzeige!
Turnverein „Rothstein"
Unser diesjähriger **Maskenball**
mit Aufführungen
findet am Sonntag, den 16. Januar 1921, im „Kasino" statt. Dies unseren Mitgliedern, Freunden und Gönnern zur vorläufigen Kenntnis.
Der Vorstand.

Buchdrucker-Verein „Gutenberg".
(V. d. d. B.)
Freitag, den 31. Dezbr., abends ½7 Uhr
Silvester-Vergnügen
im
Kaffeehaus Meuschau.
Dies den Mitgliedern sowie unseren werten Gästen hierdurch zur gefl. Kenntnis.
Der Vergn.-Ausschuß

Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener.
Ortsgruppe Merseburg.

Zur Feier des **Stiftungsfestes** der Ortsgr. Weißenfels am Donnerstag, d. 30. d. Mts. abends 6 Uhr in Schumanns Garten sind alle Kameraden herzl. eingeladen. Abfahrt 5[14] nachm. Nachzügler 6[48]. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung. Der Vorstand.

Fluß-Fische
verkauft
Hirtenstraße 14.

Streichkäse
wieder eingetroffen
Käsezentrale
Seitenbeutel 2.

Zum kommenden Neujahrsfest
empfehle mein reichhaltiges Lager in **Altem Rum-Verschnitt, Kognak, Eierlikör sowie Kakaolikör,**
allerbeste Ware, zu Engrospreisen.
Georg Schlüter, Annenstr. 33

Flügel und Pianos / Ritter /
Halle (Saale)
sind das Produkt 92jähr. Erfahrung.
Besichtigung ohne Kaufzwang erb.
Viel 1000 fach bewährt.

Briketts
frei Haus und ab Lager liefert sofort
Kohlenhandlg. Haluszczak, Nulandtstr 8 am Güterbahnhof

Brikett
sind im einzeln zu verkaufen auch werden Fuhren aller Art angenommen Emil Rühlemann, Gr. Sixtistr. 11.

Aelteres Mädchen,
dienenden Standes,
wünscht Herrn,
30 bis 42 Jahre zwecks Heirat **kennen zu lernen.**
Professionist bevorzugt Angeb. u. 2934 an die Exp. d. Blattes.

? ? **Wo** ? ?
findet intelligenter Mann (24 J.)
Arbeit.
Angeb. u. 2941 a. d. Exp. d. Bl.

Schießklub Meuschau
Freitag, den 31. Dezember, im Lippertschen Lokale
großer Silvesterball.
Anfang ½7 Uhr! — Volles Orchester!

Atzendorf
Freitag, d. 31. Dez., Silvester-Ball.

Schiessklub Kötzschen
ladet freundlichst ein zum
Silvester-Ball
E. Lindner. — Der Vorstand.

Voranzeige! Voranzeige!
Arbeiter-Radfahrer-Verein „Frisch auf" Niederbeuna.
Sonntag, den 9. Januar
großer Maskenball.

Voranzeige! Voranzeige!
Schießklub Meuschau
Sonntag, den 9. Januar
großer Maskenball
im Lippertschen Lokale.
Hierzu laden ergebenst ein
Der Wirt. — Der Vorstand.

Voranzeige! Voranzeige!

Schießklub Merseburg.
Sonntag, den 9. Januar 1921, in Trebnitz
Gr. Volks-Maskenball

Louis Böker
Fernspr. 6688. **Halle a. S.** Leipziger Str. 7.
Zur Neujahrsfeier
Gläser — Bowlen — Kaffee- u. Eßgeschirre
∴ ∴ Verlosungs-Artikel ∴ ∴

Erfahrene Holzfäller
sucht sofort Rittergut Unter-Frankleben.

Ich suche für mein schw. Gespann, zuverlässigen fleißigen Mann als
Geschirrführer,
der auch Feldarbeit versteht, möglichst für sofort.
Feit, Meuschauer Mühle.

Junger tüchtiger
Schreiber
zum sofortigen Antritt gesucht.
Angebote mit Ansprüchen u. 2937 an die Exped. d. Blattes.

Frau oder Mädchen
für Landwirtschaft sofort gesucht
L. Weniger, Obere Breite Straße 5.

Fleißiges, ehrliches
Dienstmädchen
sofort oder 1. Januar gesucht
L. Weniger, Obere Breite Str. 5.

Erfahrenes, kinderliebes
Mädchen
zu 15. Januar gesucht.
Frau Dr. Koppe, Neu-Rössen. Mittelstr. 23.

Für sofort oder 1. Februar 1921 wird für Küche und Haus
saub. älteres Mädchen
gesucht Clobikauer Str. 10.

Suche sofort **Mädchen** für leichte Arbeit in kleinem Landgasthof. Zu erfragen Brendel, Unteraltenburg 51, 1 Tr.

Junges Mädchen,
als Aufwartung, gesucht.
Windberg 6.

Ehrliche, saubere
Aufwartung
für den ganzen Tag zum 1.1.1921 gesucht Hälterstr. 21, 1 Tr.

Junge Frau sucht
Aufwartung
von vormittags 8—2 Uhr mittags. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Aufwartung
zum 1. Januar gesucht.
Karlstraße 1a, 1 Tr.

Frauen zur Gartenarbeit
sucht Feit, Meuschauer Mühle.

Medaillon aus Alpaccasilber, Monogramm D. S., verloren. Gegen Belohnung abzugeben Weiße Mauer 26 1 Tr.

Ein Jagdhund
am 19. Dezember zugelaufen.
Corbetha Nr. 11 bei Schkopau

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201229-11/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 295. | Mittwoch den 29. Dezember 1920. | 47. Jahrg.

Bezugs-Bestellungen

auf den

Merseburger Korrespondent

für das 1. Vierteljahr 1921
oder für Januar 1921

die wir **sofort** aufzugeben bitten, vermitteln sämtliche Postanstalten des Reiches und der besetzten Gebiete, außerdem unsere Geschäftsstellen, unsere bekannten Ausgabestellen und unsere Boten.

Sofortige Bestellung sichert rechtzeitige Lieferung!

Hauptgeschäftsstelle: Kleine Ritterstraße 3.

Die Finanzierung von Wohnungsbauten.

Ein sozial- und kommunalpolitischer Versuch zur praktischen Lösung der kommunalen Bau- und Siedelungsfrage.

Von Friedrich Liebe, Nationalökonom, Merseburg.*)

Die Wohnungsfrage, d. h. die Frage der Beschaffung billiger und angemessener Wohnungen, ist, nachdem sie in der vorkapitalistischen Städtegeschichte bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts eine öffentlich-rechtliche Aufgabe der Gemeinde oder des Staates war, in der Folgezeit mit dem Übergang zur kapitalistischen Verkehrswirtschaft völlig zu einer Domäne der privatkapitalistischen Unternehmung und Spekulation wurde, nunmehr mit der Umgestaltung der Staatsform zu einem beachtlichen Zweige der kommunalen Sozialpolitik und damit zum Gegenstand des allgemeinen Interesses geworden. Sie bildet aus naheliegenden Gründen eine besonders wichtige Seite der Arbeitnehmerfrage im weitesten Sinne des Wortes. Die gesamte Entwickelung hat zu einem Mangel an Wohnungen geführt, der zu einer Katastrophe zu werden droht, wenn nicht schleunige Abhilfe in der Wohnungsproduktion geschaffen wird. Von einschneidender Bedeutung ist insbesondere die Wohnungsfrage in erster Linie für die Städte geworden, zumal für solche mit stark fluktuierender Bewohnerschaft. Ohne hier auf die tieferen Ursachen der gegenwärtigen Wohnungsnot einzugehen und ohne zu untersuchen, welchen Einfluß die manchesterliche, d. h. kapitalistische Verkehrswirtschaftspolitik, wie auch das kurzsichtige Verhalten einiger dominierenden Gruppen auf diese Erscheinungen gehabt hat, soll es vielmehr im Hinblick auf die Notwendigkeit einer entschiedenen Wohnungspolitik der Kommunen Aufgabe dieser Untersuchung sein, die Frage der Finanzierung der zur Behebung der Wohnungsnot als notwendig anzusehenden Bauten zu beleuchten und eine, wenn auch nicht völlig originelle Anregung in dieser Hinsicht zu bieten.

Zur Ermöglichung eines wirtschaftlichen Bauens hat sich die Unterstützung von Bauten aus öffentlichen Mitteln nach dem derzeitigen Stande der Gesetzgebung durch Hergabe von Beihilfe-Darlehn seitens des Reiches, des Staates und der Gemeinden als nicht ausreichend erwiesen. Dieses Verfahren bürdet namentlich den kleinen und mittleren Gemeinden Lasten auf, die sie auf die Dauer nicht zu tragen vermögen, denn es erfordert selbst bei verhältnismäßig kleinen Objekten Summen, deren Höhe in erschreckendem Mißverhältnis zu dem Etat der Gemeinden steht. Die Folge dieser Nachteile ist in der Frage der Förderung von Bauten eine ablehnende Haltung gerade derjenigen Gemeinden, die für die Ansiedelung am geeignetsten sind bezw. für die infolge ihrer Lage in Industriegebieten die Wohnungsproduktion zu einer brennenden Frage geworden ist. Insbesondere die kleinen und mittleren Gemeinden, denen genügend billiges und vielfach noch nicht voll ausgenutztes Land zur Verfügung steht und deren ortsansässige Bauunternehmer und Arbeiter dringend der Beschäftigung bedürfen, zeigen aus dem vorerwähnten Grunde wenig Neigung, Bauten im Wege des genannten Verfahrens zu fördern.

Ein Beispiel wird dies klar machen: Wird für einen Bau von nur 100 000 ℳ ein Beihilfedarlehn von 30 000 ℳ gewährt, so muß der Bauherr aus eigenen Mitteln oder mit fremdem Kapital 70 000 ℳ aufbringen, die eine Verzinsung von mindestens 5000 ℳ erfordern, eine Summe, die viel zu hoch für den Mietwert des Bauwerks ist. Die Gemeinde hätte von dem Beihilfedarlehn ¼ = 7500 ℳ zu tragen; diese Summe erfordert eine jährliche Verzinsung von etwa 400 ℳ; weder von diesen Zinsen noch von der Summe von 7500 ℳ selbst wird die Gemeinde jemals etwas zurückerhalten. Da das Bauen bei diesen Zuschüssen immer noch unwirtschaftlich ist, wird entweder nicht gebaut oder das Beihilfedarlehn muß erhöht werden, wodurch sich die finanzielle Lage der Gemeinde noch mehr verschlechtert.

In der Erkenntnis der Notwendigkeit, die Herstellung von Bauten zu fördern, ohne die Gemeinden mit neuen Schulden zu belasten, wohl aber die beteiligten Berufskreise ausreichend zu beschäftigen, wird folgender Vorschlag, der in der vorliegenden Form auf Vollständigkeit indes keinen Anspruch erhebt, unter Hinweis auf Artikel 155 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 zur Erwägung gestellt:

Die Bauhandwerker eröffnen dem Bauherrn Kredit in Höhe ihrer Forderungen dergestalt, daß die Abtragung der Schulden in jährlichen Abschlagszahlungen etwa in Höhe des Mietwertes des Bauwerks zu erfolgen hat. Zwischen die Parteien tritt die Gemeinde als Treuhänderin und übernimmt die selbstschuldnerische Bürgschaft. Zur Verhütung von Zinsverlusten übereignet die Gemeinde den Lieferanten Verpflichtungsscheine (Notgeld, Schuldverschreibungen oder dergl.), die als Zahlungsmittel in den Verkehr zu bringen sind und in Höhe der Abträge des Bauherrn jedes Jahr bar eingelöst werden. Sicherheitsleistung gegenüber der Gemeinde erfolgt seitens des Bauherrn durch Bestellung von Hypotheken und durch Geldverpfändung. Das Verfahren würde sich in der Praxis also folgendermaßen gestalten:

Reich und Staat stellen die gesetzlichen Beihilfedarlehn — im obigen Beispiel 15 000 ℳ und 7500 ℳ = 22 500 ℳ — zur Verfügung, den ganzen Rest des Baugeldes (= 77 500 ℳ) oder gegebenenfalls nur den Betrag bis zur Verschuldungsgrenze im Sinne des Heimstättengesetzes bezw. bis zum Brandkassenwerte zahlt die Gemeinde durch Begleichung der von ihrem Sachverständigen attestierten Baurechnungen unmittelbar an die Lieferanten, und zwar nicht in barem Gelde, sondern in der Form von Baunotgeld, Schuldverschreibungen oder dergl., die für jeden einzelnen Bau eigens hergestellt werden. Die Leistungen des Bauherrn bestehen zunächst in der baren Bezahlung der Herstellungskosten des Notgeldes, ferner in der alljährlichen Entrichtung eines dem Mietwert gleichkommenden Betrages (im vorliegenden Falle etwa 1000 ℳ) bis zur Abtragung der von der Gemeinde verauslagten Summe (hier 77 500 ℳ). (Schluß folgt.)

*) Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Verfassers!

Deutschland und die Entente.

Sipo, Festungsartillerie und interalliierte militärische Kontrollkommission.

Neben den Noten der Botschafterkonferenz gehen ständig noch Briefe der interalliierten militärischen Kontrollkommission ein. Das Auswärtige Amt ist in Deutschland die Stelle, an welche die Briefe gerichtet werden müssen. Die Ausführung des Friedens ist eine so ungeheuerliche Anglegenheit, daß man sich über manchen Briefwechsel nicht zu wundern braucht. Immerhin will es uns zweckmäßig erscheinen, daß man die verschiedenen Zweifelsfragen mehr auf dem Wege der persönlichen Aussprache zu klären versucht. Die Presse berichtet jetzt wieder von zwei Ententenoten, die einmal in der Frage der Reorganisation der deutschen Polizei und zum andern wegen der Bestückung der deutschen Ostfestungen ergangen seien. In beiden Fällen handelt es sich um Schreiben der interalliierten Kontrollkommission, denen man eigentlich nicht die diplomatische Bezeichnung Noten beilegen sollte. Die Reorganisation unserer Polizei ist nach Verständigung mit den zuständigen Ländern im Einvernehmen mit der Kontrollkommission erfolgt. Wenn jetzt die Kontrollkommission noch Wünsche hat, so können sich diese nur auf die Ausführungsbestimmungen beziehen. Anders scheint die Frage der Festungsartillerie in den Ostfestungen zu liegen. Hier verlangt die Kontrollkommission Ablieferung des überzähligen Geschützmaterials aus den Festungen des Ostens. Angesichts der Tatsache, daß der Bolschewismus Polen schon einmal nahezu überrannt hatte, läuft das Verlangen der Entente auf eine Wehrlosmachung der deutschen Ostgrenze hinaus.

Die Abrüstung der Festungen an Deutschlands Ostgrenze.

Die Reichsregierung hat an die Botschafterkonferenz eine Note richten lassen, in der es heißt:

„Die Botschafterkonferenz hat durch eine Note vom 17. November der deutschen Regierung mitgeteilt, daß nach ihrer Auffassung die Entscheidung der interalliierten militärischen Kontrollkommission in der Frage der Ausstattung der deutschen Festungen mit Artillerie dem Buchstaben wie dem Geiste der Artikel 167 und 180 des Vertrages von Versailles entspreche und daß sie diese Entscheidung nur bestätigen könne. Die deutsche Regierung vermag nicht anzuerkennen, daß diese Entschließung mit den Bestimmungen des Vertrages in Einklang steht. Nach dem Vertrage soll Deutschland das System der befestigten Werke an seiner Süd- und Ostgrenze in dem Zustande vom 10. Januar 1920 und mit den Geschützen, die am 10. Januar die Bestückung bildeten, behalten dürfen. Nach der Entscheidung der Kontrollkommission sollen aber von 14 Festungen an der Süd- und Ostgrenze Deutschlands elf ihrer Geschütze beraubt und damit tatsächlich aus der Reihe der Festungen gestrichen werden. Von den übrigen drei festen Plätzen wird nur für Swinemünde die beantragte Zahl Geschütze zugelassen. Für Pillau werden statt 75 nur 35 Kanonen bewilligt; Königsberg soll nur etwa 20 schwere Geschütze erhalten. Königsberg ist die größte und wichtigste von allen Festungen. Es liegt auf der Hand, daß sie mit einer so geringen Ausrüstung mit Geschützen wehrlos sein würde.

Die deutsche Regierung legt gegen diese Verletzung des Vertrags nachdrücklich Verwahrung ein. Seitdem der Beschluß der Botschafterkonferenz gefaßt wurde, hat sich die Lage an der deutschen Ostgrenze wesentlich verändert. Die immer bedrohlicher lautenden Nachrichten über Rüstungen der Sowjetrepublik und Zusammenziehung russischer Truppen gegenüber der deutschen Ostgrenze zwingen dazu, die Gefahr eines Wiederaufflammens des russisch-polnischen Krieges und einer Bedrohung der deutschen Grenzgebiete nicht außer acht zu lassen. Wenn in diesem Augenblicke die dort liegenden festen Plätze sämtlich aller Verteidigungsmittel beraubt würden, schwände die letzte Möglichkeit, einem eindringenden Gegner Widerstand zu leisten. Die deutsche Regierung bittet daher die alliierten Regierungen, nicht darauf zu bestehen, daß Königsberg, Küstrin und die Feste Boyen, die als vorgeschobener Posten dem ersten Ansturm des Gegners standzuhalten haben würden, sofort entwaffnet werden. Sie bittet, ihr dafür bis zur Klärung der Verhältnisse im Osten Aufschub zu gewähren. In Königsberg handelt es sich im ganzen um 390 Geschütze, darunter 298 schwere, in Küstrin um 168, darunter 108 schwere, und in Boyen um etwa 20 Feldgeschütze. Befehle zur Ablieferung und Zerstörung aller übrigen Geschütze, soweit sie von der Kontrollkommission nicht genehmigt sind, sind am 15. und am 20. Dezember ergangen.

Frankreich erstickt im Kohlenüberfluß.

Wir veröffentlichten in unserer gestrigen Nummer eine Meldung, wonach die französischen Bahnhöfe mit Kohlenzügen aus Deutschland derart verstopft seien, daß eine Weiterleitung neuer Sendungen unmöglich sei. Die Richtigkeit dieser Meldung wird den „L. N. N.“ durch einen Leser bestätigt, der kürzlich in Saarbrücken, Kehl und Straßburg weilte. Er teilt mit, daß diese Bahnhöfe mit Kohlenladungen aus Deutschland derart verstopft sind, daß ein Rangieren und ein promptes Abwiegen von Gütersendungen nach Deutschland unmöglich ist. Aus dem gleichen Grunde ist ein direkter Transport von Straßburg und Kehl nach Deutschland ausgeschlossen. Derartige Ladungen müssen alle den großen Umweg über Lauterburg machen, wodurch natürlich eine wesentliche Vermehrung der Transportkosten entsteht. Auch diese Verkehrsschwierigkeit ist darauf zurückzuführen, daß die Bahnstationen nach Frankreich mit Kohlenzügen, die nicht weitergeleitet werden können, vollgepfropft sind.

Wir können angesichts dieser einwandfreien Bestätigung unserer ersten Meldung nur den dringenden Wunsch wiederholen, daß unsere Delegierten in Brüssel mit allem Nachdruck für den Abbau des Abkommens von Spa eintreten. Diese Forderung ist nicht nur im Interesse der Arbeitsfähigkeit der deutschen Industrie zu erheben, sie kann aber durchschlagend auch mit dem Hinweis darauf begründet werden, daß Frankreich ja gar nicht in der Lage ist, den Kohlensegen, der ihm von Deutschland aus zuströmt, vollkommen zu verwerten.

*

An zuständiger Stelle in Berlin erfahren wir, daß bis jetzt weder beim Auswärtigen Amt noch beim Reichskanzler, dem ja die Regelung der Sendungen obliegt, eine offizielle Benachrichtigung oder Bestätigung dieser Meldung vorliegt. Man hält jedoch an zuständiger Stelle die Richtigkeit der Meldung durchaus möglich. Es ist vor einiger Zeit schon einmal vorgekommen, daß von Frankreich aus angeregt worden

Um fremdes Blut.

Roman von Amélie Hinze.

25. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Des Dogen Vaterstolz will sie im Bilde verewigt sehen. Und Neapel ist an Malern so reich. Jenseits der Alpen war er hergekommen, der genialste und schönste und übermütigste einer übermütigen Schar.

Sind es wenige Stunden nur gewesen, oder eine Paradiesewigkeit, bis das Bild vollendet war? Der Maler und sein Modell erinnern sich dessen nicht. Ein Tag ist gekommen, an dem die Kunst des Malers in aller Munde ist und die Dichter des Landes die Schönheit der Dogaressa besingen.

Es ist mondgoldener Maiabend, tauige Schwüle und Rebenblütenduft. Auf Marmortrümmern rieselt Orangenschnee, die Bäume wurzeln im Meer. Traumhaftes Schweigen herrscht.

Mondbeglänzt liegt der alte Dogenpalast da, ein Strahl irrt durch die dunklen, halb zerfallenen Hallen. Es scheint zu schlafen, das alte Schloß. Nur aus einem entlegenen Gemach schimmert Licht.

Vier schweigsame Männer sitzen dort um den grünen Tisch; ihre Augen glühen wie im Fieber; auf des Ältesten Stirn perlt der Schweiß.

„Rouge!“ ertönt die Stimme des Bankiers, und acht zitternde Hände besetzen die Karten.

Währenddes wird draußen ein Schritt laut und gleich darauf läßt sich in der Halle das Rauschen eines Frauengewandes vernehmen.

Der Mondstrahl irrt über die Marmorfliesen. Ein Mann kommt die Stufen emporgesprungen, eine wahre Reckengestalt. Der breitrandige Hut ist ihm in den Nacken gefallen. Seine Locken sind braun, und braun ist das Sammetwams, das er trägt. In der Hand hält er ein Lorbeerreis.

Ein Flüstern. Des Mannes Hand flicht dem Mädchen den Schönheitspreis in die dunklen Locken. Und nun Kuß auf Kuß.

Am Himmel treten die Gestirne der Nacht hervor — der Nacht, die für das alte Dogenschloß verhängnisvoll geworden ist.

Er hat nur Liebe zu vergeben, der schöne, geniale Mann. Seine Freiheit hat er in Deutschland gelassen. Und das vornehme junge Blut? Es weiß darum. Doch es ist ein Kind des Südens, und der alte Spieler hat über seiner Leidenschaft für den grünen Tisch versäumt, die Mutterlose fürs Leben zu feien . . .

Das welke Lorbeerblatt am Boden bebte leise im Morgenwinde. In breiten Streifen flutete die höher steigende Sonne ins Gemach, über die Wand und über den Dolch, der dort hing, einem Meisterstück venezianischer Schmiedekunst.

Ein altes Erbstück. Nach dem Familiengesetz darf kein Nachkomme sich freiwillig von dem Dolche trennen.

In jener Nacht ist das Schicksalsrad des alten Dogenschlosses ins Rollen gekommen. Das Erbstück hat an dem letzten männlichen Sprossen seine Schuldigkeit getan.

Als die Sterne im Verbleichen waren, hat das letzte Röcheln des alten Dogen das entlegene Gemach erfüllt. Er hat nicht vermocht, seinen Ruin zu überleben.

Und das junge Blut?

Das Rad ist im Rollen gewesen. Es aufzuhalten, hat ihm die Kraft gefehlt . . .

Die Fenstervorhänge im Boudoir flogen unter der Hand der Signora zusammen. Das Blättchen am Boden erbebte ein letztes Mal. Der Saum ihres Gewandes war hart daran vorbeigestreift.

Es lag wie Trotz in dem Schritt des schmalen Fußes, als sei er trotz allem gewillt, zu zertreten, was Menschensatzungen und ein göttliches Gesetz aufrichteten.

Das Blatt Papier mit den abgerissenen Schriftzügen verschwand wieder in der Kassette.

Wenige Minuten später hatte die Signora ihr Lager aufgesucht, um den versäumten Schlaf nachzuholen.

*

„Wiesenweg 4.“

Senator Wettin zerpflückte den Zettel, darauf die Worte standen, und legte die letzte Strecke des Wiesenrains zurück, an dessen Ende einige armselige Häuserchen lagen.

Pastor Rückert hatte ihm auf sein Ansuchen die Adresse des Schützlings Luisellas aufgegeben, ohne zu ahnen, wie widerwillig das Ansuchen geschehen war.

Dem Fragesteller war es nachträglich peinlich gewesen, das Mädchen allein in dieser Sache sorgen zu lassen. So hatte er sich denn entschlossen, heute, als am Tage der Taufe des Kindes der Witwe, dem Kleinen ein Geldgeschenk in die Wiege zu legen.

Die Mienen des Dahinschreitenden paßten sehr schlecht zu dem Besuch, den er vorhatte. Der Skeptiker mit der kühlen Lebensauffassung war auf dem Wege, ein Choleriker zu werden.

Seit wann?

Eberhard Wettin wich dieser Frage, sobald er sich seiner reizbaren Stimmung bewußt ward, aus. Er blieb jetzt häufig abends von Hause fort. Auch kam es vor, daß der Kontorbote um die Mittagsstunde der Frau von Asche die Meldung brachte, der Herr Senator speise anderswo.

Die Ursache hierfür mochte in der nahe bevorstehenden Denkmalsenthüllung zu finden sein, welche die Herren vom Komitee lebhaft beschäftigte.

Es war ein köstlicher Junitag. In dem Klee schwärmten die Bienen. Von der Wiese her tönte das Meckern der Lämmer und mischte sich mit dem Jauchzen einer Kinderschar, die sich auf einem Austwagen tummelte.

„Wiesenweg 4.“

Der Senator hielt plötzlich den Schritt an.

Ein Häuschen mit bleigefaßten Fensterchen, mit zum Teil zerbrochenen Scheiben. Hier und dort ersetzte Papier das fehlende Glas. Das Dach halb eingesunken, die Haustür ein Tor für Wind und Wetter. An der Hauswand aber, die armselige Hütte wunderbar schmückend, ein wilder Rosenbusch in voller Blüte und darunter eine Bank.

Ein junges Paar saß dort. Ihr braunlockiger Kopf neigte sich liebevoll über das Kindchen in ihrem Arm. Er trug einen langen, schwarzen Gehrock; es sah gut und ehrbar aus zu ihrem lichten Gewande. Träumerisch und wie in heimlichem Glück ruhte der Blick des Mannes auf dem jungen Wesen. Der Rosenbusch streckte sein Blütendach über die Idylle aus.

Unbedenklich wandte der Beobachter den Fuß. Es war bereits zu spät. Der Kandidat hatte sich erhoben und schritt mit ausgestreckter Hand auf den Gast zu.

„Herr Senator, wie gütig, daß Sie sich selbst bemühen! Wie wird Fräulein Luisella sich freuen. Der kleine Täufling hat sich unter ihrer Fürsorge bereits sichtlich erholt!“

„So — so!“

Die helle Gestalt auf der Bank hatte sich erhoben. Erglühend, den Blick auf das schlafende Kind gesenkt, schritt sie den Herren entgegen; es war ein sehr lieblicher Anblick.

„Ich bin Pate geworden, Vormund! Der Kleine heißt nach mir Luitpold!“

Es klang ganz stolz und so glücklich. Und die Augen hebend, setzte sie hinzu:

„Der Herr Kandidat hat die Taufe vollzogen und herrliche Worte dabei geredet. Ich wollte, Sie —“

„Wo finde ich die Witwe Loose?“ unterbrach der Senator die Rede, auf seine Uhr sehend.

„Im Hause, Herr Senator“, nahm der Kandidat das Wort. „Erlauben Sie, daß ich Sie führe!“

Das frohe Krähen einer Kinderstimme fiel in die Worte ein. Der bereits halbjährige Kleine hatte die Augen geöffnet und, vor Vergnügen zappelnd, das Händchen nach Wettins Uhr ausgestreckt.

Dieser hatte ihn noch keines Blickes gewürdigt. Nun erzwang der kleine Mann sich seine Beachtung selbst.

Mit gezwungenem Lächeln hielt er dem Knaben die Uhr ans Ohr. Die Situation war in der Tat einzig. Er, der Senator Wettin, das geduldige Opfer eines Arbeiterkindes, und dazu in Gegenwart dieses Mädchens und ihres liebegirrenden Anbeters, der vermutlich bereits in Zukunftsbildern schwelgte!

Silberhelles Lachen riß ihn aus seinen Betrachtungen. Vor seinen Augen flimmerte braunes Gelock.

Luisella hatte sich über den Kleinen geneigt, der jauchzend die Uhr umklammert hielt. Es war ein drolliger Anblick. Zum erstenmal hafteten die kühlen Männeraugen auf dem kleinen Erdenbürger.

Kinderaugen. In der Seele Wettins erwachte etwas. Nie gedachte Gedanken stiegen in ihm auf, nie gekannte Wünsche. Ärgerlich über sich selbst, wollte er dem Spiel ein Ende machen. Der Kleine, die Absicht erratend, schrie auf und erfaßte mit der freien Hand seine Uhrkette. Luisella bemühte sich lachend, die kleinen Fäuste davon zu lösen. Dabei glitt ihre Hand zurück und mit leichtem Stoß gegen Wettins Brust.

Erschrocken sah sie zu ihm auf.

„Verzeihung!“ stammelte sie. „Tat ich Ihnen weh? Es war —“

„Ich spüre nichts!“ schnitt er ihr das Wort ab. „Ich bitte, mich zu führen, Herr Kandidat!“ wandte er sich an diesen.

Und beide schritten ins Haus.

Das also war die Frau, die sterben hatte wollen, um ihren Kindern die Existenz zu erhalten!

Der junge Geistliche hatte sich taktvoll entfernt.

Wettin sah in ein vergrämtes Gesicht, auf dem jetzt aber ein heller Schein lag.

„Ist das heute ein Tag!“ flüsterte die Frau, indes sie auf das Gold sah, das Wettin ihr in die Hand gedrückt hatte, und ihre eingesunkenen Wangen färbten sich purpurn. „Wissen der Herr Senator aber auch, daß ich schon reichlich unterstützt werde? Die Nähmaschine dort hat das liebe junge Fräulein mir zum Erwerb geschenkt und —“

„Ja, ja, gute Frau!“ unterbrach der Senator sie. „Dies hier ist für den Kleinen — Luitpold. Ich werde später einmal nach ihm sehen, was sich — für ihn — tun läßt!“

„Gott lohne es Ihnen, Herr Senator!“ rief die Frau aus. „Wie konnte ich nur vorhin so dumm fragen? Der gnädige Herr sind wohl der Onkel des Fräuleins und wissen, welch ein Engel das ist! Ich habe mir immer gedacht, reiche junge Damen hätten nur Putz und Vergnügen im Kopf —“

Verlegen stockte sie. Sie sprach dem Herrn wohl zu viel, denn er tat ja plötzlich so unnahbar und ging so rasch auf die Tür zu. Das eine aber mußte sie sich doch noch vom Herzen sprechen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201229-11/fragment/page=0005

ist, die Sendungen zeitweise wegen Verkehrsschwierigkeiten einzustellen. Doch wurde dieser Wunsch sehr bald wieder zurückgezogen. So könnte es auch diesmal der Fall werden, daß Frankreich vorübergehend eine Einstellung anordnet, sich aber den Anspruch auf Nachlieferung vorbehält.

Deutschlands Kriegsentschädigung in Chemikalien.

Paris, 28. Dez. Die Wiederherstellungskommission veröffentlicht folgende Mitteilung: Während des Monats November wurden 1 701 092 Kilogramm Farbstoffe und 8217 Kilogramm pharmazeutische Produkte von Deutschland geliefert. Die Gesamtheit der Farbstofflieferungen bis 30. November beläuft sich auf 9 679 104 Kilogramm und die der pharmazeutischen Produkte auf 38 107 Kilogramm. Von der Kriegslastenkommission und der Wiederherstellungskommission wurde am 24. Oktober 1920 ein Protokoll unterzeichnet, worin die Art der Ablieferung von 25 Prozent der Gesamtheit der in Deutschland erzeugten pharmazeutischen Produkte geregelt wurde, auf die Frankreich Anspruch hat.

Wiederaufnahme der Kohlenverhandlungen im Januar.

Berlin, 29. Dez. Die gemischte Kommission der Alliierten, die in Essen die Verkehrsverhältnisse unter Berücksichtigung des Spaer Abkommens studierte, schloß ihre Arbeiten ab, ohne den deutschen Mitgliedern etwas über ihre Stellungnahme zu sagen. Es sollten nunmehr in Ludwigshafen weitere Verhandlungen gepflogen werden, über deren Ergebnis aber noch nichts bekannt gegeben wurde. Die Kohlenverhandlungen mit der Entente wurden jedenfalls inzwischen unterbrochen und sollen erst im Januar wieder aufgenommen werden.

Nitti gegen die französische Politik der Rachsucht.

Aus Rom meldet die „Frankf. Ztg.": Der frühere Ministerpräsident Nitti veröffentlicht im „Resto del Carlino" eine Verteidigung seiner Artikel für die „United Preß" gegenüber den Ausstellungen französischer Kritiker. Nitti betont, nur den deutschen Imperialismus bekämpft zu haben; heute bewundere er das demokratische Deutschland, das eine große Wohltat für ganz Europa sei, dessen Gesundung nur durch den Wiederaufbau Deutschlands möglich sei. Stets habe er diese Auffassung verteidigt, die Verträge von Versailles und St. Germain seien voller Irrtümer und enthielten unerfüllbare Bedingungen, die aus Rachsucht ausgeklügelt, nur mit Mißtrauen angewendet würden. Diese Verträge sollten nicht zerrissen, sondern nur ihre Ausführung dem Grundprinzip der Wirklichkeit, Menschlichkeit und Kultur angepaßt werden. Niemand denke daran, Deutschland zu vergrößern, aber niemand dürfe Deutschland niederdrücken oder spalten wollen. Niemand wolle die Besiegten von der Leistung der Entschädigungen freisprechen, aber unerlaubt sei es, daß diese Leistungen nicht festgesetzt und darüber entstehende Meinungsverschiedenheiten auf anderem als diplomatischem Wege gelöst würden.

Die Heimkehr der Letzten aus Sibirien.

Berlin, 29. Dez. Das „Achtuhr-Abendblatt" meldet aus Stockholm: Nansen erklärte einem Vertreter der Presse gegenüber, daß die letzten Heimtransporte für Kriegsgefangene aus Rußland im Februar oder März in der Heimat eintreffen werden.

Provinz und Nachbarländer.

h. Halle, 29. Dez. Zu einer außerordentlichen Sitzung waren gestern Nachmittag die Stadtverordneten zusammenberufen, um über die Erhebung einer städtischen Einkommensteuer Beschluß zu fassen. Im städtischen Etat muß eine Lücke von sieben Millionen Mark ausgefüllt werden; der Magistrat weiß keinen anderen Weg, als die Besteuerung der vom Reich freigelassenen Einkommensteile. Nach seiner ursprünglichen Vorlage sollte diese städtische Einkommensteuer bei einem Einkommen von 6000 M beginnen, aber in der vorigen Stadtverordnetensitzung war die Grenze mit Rücksicht auf die Belastung der minderbemittelten Schichten auf 10 000 M heraufgesetzt worden. Das hätte aber nur etwa 3,5 Millionen eingebracht. Infolgedessen war der Magistrat dem Beschluß nicht beigetreten, sondern legte eine neue Vorlage vor, wonach ledige Einzelsteuerpflichtige schon mit einem Einkommen von 6000—8000 M, kinderlose Steuerpflichtige mit einem Einkommen von 8000 bis 10 000 M, Steuerpflichtige mit einem Kind bei einem Einkommen von 10 000 bis 12 000 M, Steuerpflichtige mit zwei Kindern bei 12 000 bis 14 000 M. Einkommen, Steuerpflichtige mit drei Kindern bei einem Einkommen von 14 000 bis 16 000 M mit der neuen Steuer belastet werden sollen. Die sozialdemokratischen Parteien lehnten auch die neue Vorlage ab; die bürgerlichen Parteien erklärten sich für die Annahme, nachdem der Magistrat erklärt hatte, er könne bei der Ablehnung der Vorlagen, deren Ertrag er auf 6,5 Millionen berechnet, die Verwaltung nicht mehr ordnungsgemäß weiterführen. Die Vorlage wurde mit 29 zu 29 Stimmen angenommen, wobei die Stimme des deutschdemokratischen Vorstehers den Ausschlag gab. — In der geschlossenen Sitzung wählte man den Studienrat Hoe, mit 29 zu 29 Stimmen — das Los entschied zu seinem Gunsten — gegen den mehrheitssozialistischen Volksschullehrer Wilke zum provisorischen Stadtschulrat. Hoe gehört der deutschdemokratischen Fraktion an.

† **Meuselwitz**, 29. Dez. In der Schnauder dicht am Wehr an der Zeitzer Straße beim Försterhause fand man die Leiche eines neugeborenen Kindes. — Die Einwohnerzahl unserer Stadt beträgt jetzt 9995 und zwar 5155 männliche und 4840 weibliche Einwohner. Darunter befinden sich 370 Ausländer.

h. **Teuchern**, 29. Dez. Die Schlickumwerke bei Gröben und Werschen haben ihren Betrieb eingeschränkt und die an der Weißenfels-Zeitzerstraße gelegenen Erdwachsfabrik bis auf weiteres stillgelegt, gezwungen durch die ungünstige Geschäftslage.

h. **Kalbe**, 29. Dez. Hier wurde der Sohn des Schuhwarenfabrikanten Wilh. Ruff an einem Fensterhaken erhängt in der großen Fischerei aufgefunden. Den Tatbestand nach ist dieser bedauerliche Fall auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen.

† **Weimar**, 29. Dez. Die Weimarer Schauspielerin Johanna Weiser wurde in Schutzhaft genommen, weil sie sich während einer Eisenbahnfahrt von Erfurt nach Weimar erschießen wollte.

† **Dessau**, 29. Dez. Heute früh verstarb in Quellendorf nach langem Leiden Generalleutnant z. D. Rudolf Ritter und Edler von Oetinger, Mitkämpfer in drei Kriegen, vier Tage vor seinem vollendeten 91. Lebensjahre. Der Verstorbene ist der Schwiegersohn des Generals von Blumenthal, der 1866 und 1870 deutsche Armeen gegen Österreich und Frankreich zum Siege führte.

*

Rektor Wilhelm Wohlrabe †.

In Jena verschied im 70. Lebensjahre der bekannte hallische Schulmann Rektor Dr. Wilhelm Wohlrabe. Wilhelm Wohlrabe hat Jahrzehnte hindurch im Schulleben und darüber hinaus eine besondere Rolle gespielt. Ein echter Volksmann, von kerndeutscher Gesinnung und liberaler Weltanschauung, war er stets bemüht, weiteste Kreise der Bürgerschaft am Gedeihen der Schule zu interessieren und ein ersprießliches Zusammenarbeiten von Elternschaft und Lehrerschaft anzubahnen. Die weiteste Verbreitung gewannen seine Lesebücher: die Fibel, das Volksschullesebuch, das Mittelschullesebuch, das Lesebuch für gewerbliche Fortbildungsschulen, das Lesebuch für berg- und hüttenmännliche Fortbildungsschulen, sowie das Lesebuch für einfache Fortbildungsschulen. Die Bestrebungen der deutschen Lehrerschaft, die Schulen von der geistlichen Aufsicht frei zu machen, förderte er durch seine Schrift „Geistliche Lokalschulinspektion" sowie durch Schriften über den deutschen Lehrertag. Als warmherziger Patriot verfaßte er mehrere Schriften wie das Königin-Luise-Büchlein, Deutsches Land und Volk, Vom alten Fritz, Die Freiheitskriege in Lied und Geschichte.

Vor einigen Jahren schied Rektor Wohlrabe aus dem hallischen Schuldienst und siedelte nach Jena über, um dort nach einem arbeitsreichen Leben auszuruhen.

*

Zur Frage der Zwangswirtschaft für Milch und Molkerei-Erzeugnisse in der Provinz Sachsen.

Am 17. Dezember 1920 versammelten sich in Halle die Vertreter aller in der Provinz Sachsen und dem Freistaat Anhalt bestehenden Vereinigungen der Molkereifachleute, um einmal zu der Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft Stellung zu nehmen. Nach eingehender Aussprache wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die Vertreter aller Vereinigungen der Molkereifachleute der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt erklären einstimmig, daß die Molkereien nicht mehr in der Lage sind, den behördlichen Bestimmungen zu entsprechen, welche sich auf die Einschränkung der Rückgabe von Butter an die Milchlieferanten beziehen. Sie halten die vorläufige Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft für geboten, sie erblicken aber nur in einer wesentlichen Heraufsetzung der Milchpreise und in der Wiederherstellung der Selbstversorgerrechte der Milchlieferanten (größere Butterzuteilung) die Möglichkeit, die Anlieferung der Milch an die Molkereien und damit die Milchversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Da seitens der mit der Zwangsbewirtschaftung der Milch betrauten Stellen in der vorbezeichneten Richtung die Erfüllung der Forderungen der Milchwirtschaft und des Molkereigewerbes nicht erreicht worden ist, so halten sie den Weg der Selbsthilfe für den gegebenen, das ist der Weg der direkten Verhandlungen zwischen Erzeugern (Landwirten und Molkereien) einerseits und Verbraucher-Organisationen andererseits, welcher gegebenenfalls zum Abschluß von Lieferungsverträgen führt.

Vermischte Nachrichten.

* **Schluckepidemie auch in Schweden.** Aus Paris wurde neulich berichtet, daß dort eine Schluckepidemie aufgetreten sei. Schwedischen Meldungen zufolge hat sich diese Krankheit jetzt auch in Malmö gezeigt, wo sich sechs bis neun Fälle von epidemischem Schlucken ereignet haben. Die Krankheit steht offenbar im Zusammenhang mit einer Art von Schlafsucht, da mehrere Patienten gleichzeitig Symptome dieser Krankheit zeigten, jedoch von milder Art. Die Kranken sind in der Regel nach zwei bis acht Tagen wiederhergestellt. Zu bemerken ist, daß es sich hier natürlich nicht um die eigentliche, ansteckende Schlafkrankheit handelt, die durch den Stich der Tsetsefliege übertragen wird, also fast ausnahmslos in tropischen Ländern vorkommt, sondern um eine eigentümliche, mit Schlafsucht verbundene Form der Grippe, die nur in wenigen Fällen tödlich ist.

* **Für 250 000 M Silber und Schmucksachen erbeutet.** Am zweiten Weihnachtsfeiertag drangen abends Einbrecher in die Wohnung eines höheren Ministerialbeamten in der Kaspar-Theiß-Straße in Halensee ein. Sie entwendeten das vollständige Tafelsilber für 18 und 24 Personen, das aus etwa 270 einzelnen Teilen besteht und mit einem H in ovaler Umrandung gezeichnet ist. Unter den Schmucksachen befindet sich eine glatte Platinvorstecknadel mit einem Brillanten in der Mitte sowie ein goldener Armreif mit zwei Lapislazulikugeln. Auf die Wiederherbeischaffung der Sachen ist eine Gesamtbelohnung bis zu 25 000 M ausgesetzt.

* **Auffindung eines ermordeten Mädchens in Berlin.** Am Weihnachtsabend wurde an der Puttlitzbrücke in Berlin die zerstückelte Leiche eines neunjährigen Mädchens aufgefunden. Die Leiche war in einen Korb verpackt. Soweit festgestellt werden konnte, handelt es sich um einen Lustmord und ist der Tod durch Ersticken eingetreten. Die Kriminalpolizei hat bereits die Identität der Toten festgestellt. Der mutmaßliche Täter, ein 25 Jahre alter Zimmerer, wurde bereits festgenommen.

* **Selbstmord eines Künstlerehepaares.** Am Heiligen Abend hat sich in Frankfurt a. M. der 71 jährige Kunstmaler Paul Andorff mit seiner 65 jährigen Gattin durch Gas vergiftet. Er studierte in Berlin, war dann in der Zeichenakademie in Hanau und später in Frankfurt ansässig. Hier hat er sich als Maler des alten Frankfurt einen Namen von Ruf erworben.

* **Ein fideler Gefängnisbetrieb.** Aus Zweibrücken schreibt man uns: Einen fidelen Gefängnisbetrieb hatte der Gefängnisaufseher Gutmann. Gefangenen verschaffte Gutmann Wein, Schnäpse, Zigaretten usw. und tat bei Vertilgung der Dinge wacker mit. Einem zu Gefängnisstrafe verurteilten Schleichhändler gestattete Gutmann, einen umfangreichen Verproviantierungskoffer gleich mit in die Zelle zu nehmen. Zu einem Mühlenbesitzer, der wegen Schwarzschlachtens verurteilt worden war und seine Strafe absitzen sollte, erklärte er: „Wegen solcher Kleinigkeiten sperrt man die Leute nicht ein, wenn Sie gleich zu mir gekommen wären, hätte ich Sie sofort wieder heimgeschickt." Die weiblichen Gefängnisinsassinnen riefen nach Gutmann nur „Vater". Für diesen fidelen Betrieb erhielt nun Gutmann selbst vier Jahre Gefängnis aufgebrummt.

* **Asta Nielsen weint — Glyzerin.** Ein Filmdarsteller, der mit Asta Nielsen wiederholt vor dem Kurbelkasten spielte, schreibt der „Lichtbildbühne" über die Tränen Asta Nielsens: Die großen dicken Tränen, die den Augen voller Traurigkeit entquellen, sind — Glyzerintropfen, die vor der Aufnahme im Augenwinkel untergebracht, und im psychologisch wirkungsvollen Augenblicke rinnen gelassen werden. Langsam nur bewegt sich das Glyzerin über die Schminke des Kummer bezeugenden Antlitzes und hat die Eigentümlichkeit, auf gefühlvolle Seelen eine ganz besondere Macht der Erregung auszuüben, und das Publikum mehr zu „packen", als das natürliche Augensalzwasser gewöhnlicher Sterblicher, denn die Glyzerintränen hinterlassen auf der Schminke Spuren ihres Weges nach unten, die im Lichte der Atelierlampen wie Silberfäden glänzen, so daß auch die Gesamtwirkung dieser Szene nicht so leicht aus dem Empfinden und Gedächtnis schwindet.

Amtliche Bekanntmachungen für den Kreis Merseburg.

Stück 101 — Merseburg, 29. Dezember — 1920

544] **Schlachtviehhöchstpreise.**

Die Nachprüfung der Schlußscheine über Schlachtviehankäufe hat ergeben, daß die vom Unterausschuß 4, für Vieh nur Fleischverkäufer im Wirtschaftsgebiet 4, festgesetzten Richtpreise überschritten worden sind, ganz beträchtlich ist dies bei Schweinen geschehen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die vom Unterausschuß 4 festgesetzten Preise durch Sachverständige als angemessen bezeichnet worden sind und deren Überschreitung als Wucher angesehen wird.

Ich ersuche alle Tierhalter, Fleischermeister und sonstige Viehaufkäufer des Kreises, höhere Preise, als die vom Unterausschuß 4 festgesetzten, nicht zu fordern bezw. nicht zu bezahlen.

Wird bei der nächsten Nachprüfung der Schlußscheine festgestellt, daß die festgesetzten Preise wieder wesentlich überschritten sind, werde ich rücksichtslos gegen Verkäufer und Käufer Strafanzeige wegen Wucher erstatten.

Die festgesetzten Preise sind bindend auch für solche Käufer, die die Schweine zu Hausschlachtungszwecken für den eigenen Bedarf kaufen.

Tierhalter, die Wucherpreise fordern, bitte ich, mir namhaft zu machen, damit ich Strafanzeige erstatten kann.

Merseburg, den 18. Dezember 1920.

Der Landrat.
J. V.: Langer, Kreisdeputierter.

545] **Auflösung des Kreis-Einkaufs des Kreises Merseburg.**

Der Kreis-Einkauf des Kreises Merseburg wird mit dem 31. Dezember 1920 aufgelöst.

Die Verteilung der wenigen noch rationierten Lebensmittel ist dem Kaufmann Willy Krauße-Merseburg, im Hause Große Ritterstraße 5 (Wölfelsches Grundstück), Fernruf 156, übertragen worden.

Merseburg, den 28. Dezember 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. V.: Langer, Kreisdeputierter.

546] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.-G.-Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Gehöfte:
1. des Gutsbesitzers Oskar Stoeber in Schafstädt,
2. des Landwirts C. Schmidt in Schlettau

bilden je einen Sperrbezirk.

§ 2.

Es treten die in der viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Regierungspräsidenten vom 13. Juli 1920 (Amtlicher Anzeiger Stck. 61 Nr. 416) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 29. Dezember 1920.

Der Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreisdeputierter.

547] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Die Maul- und Klauenseuche ist erloschen in den Gehöften von Bohne in Schweßwitz; Riedel und Hauck in Bothfeld; Klappach, Walter und Runkel in Kötzschen; Bretschneider, Laux und Schmidt in Röcken; Trabisch, Schulze, Walbe und Treutler in Bothfeld; Lohse in Schkeuditz; Reim in Lützen; Liebezeit in Schlechtewitz; Sommer und Wahren in Oebles; Bilger und Schmidt in Fährendorf; Lemme und Weber in Gostau; Bernsdorf in Pobles; Körner, Reuter, Fiedler in Wölkau; Wartgenstedt, Prösdorf, Burckhardt, Kohlwegen, Albin und Albert Poppe, Immisch, Jordan und Schumann in Caja; Kirmes, Bretschneider, Walter Poppe I und II, Alwin Poppe, Beyer, Jähnert, Christel und Horn in Großgörschen; Dreyhaupt, Patzschke, Albert und Ernst Sack, Gentzsch, Renker, Jakob und Bergner in Kleingörschen; Ehrentraut, Pommer und Scheibe in Merseburg; G. Koch in Schafstädt.

Die Sperrmaßregeln werden aufgehoben.

Merseburg, den 29. Dezember 1920.

Der Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreisdeputierter.

Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Unser Geschäftslokal bleibt
Freitag, den 31. Dezember cr.,
von 11 Uhr ab
geschlossen.
Merseburger Vereinsbank
Eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
F. Heyne. Hädecke. Worch.

Möbel-Hauptmann
Halle a. S. Kleine Ulrichstrasse 36

Für das
Neujahrsfest
empfehle ich meine Vorräte an
blühenden Pflanzen
und Blumen
Albert Trebst,
Blumenhandlung,
Entenplan 3. Fernruf 475.

Leder-Handlung
Gegr. 1861. Gebrüder Becker Tel. 423.
Breite Strasse 4.
Sohlleder und Oberleder-Ausschnitt
Schuhmacher-Bedarfsartikel
Schäfte — Gummiflecke
Fensterputzleder.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201229-11/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,– Mk., durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus, durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Fernspr. Nr. 324. :—:

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“ und „Amtsblatt der Stadt Merseburg“, der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd“ und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg“

Nr. 295 | Mittwoch den 29. Dezember 1920 | 47. Jahrg.

Die innere Politik des Jahres 1920.

Von Friedrich Weinhausen, M. d. R.

Die beiden wichtigsten Ereignisse in der inneren Politik des zu Ende gehenden Jahres waren der Kapp-Putsch im März und die Reichstagswahlen im Juni. Das wahnwitzige Unterfangen übergeschnappter Hitzköpfe und unpolitischer Militärs, durch einen Staatsstreich von oben das Vaterland zu „retten“, ist binnen wenigen Tagen elend gescheitert. So weit hatte sich doch der demokratische Gedanke bereits durchgesetzt, daß sich das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, nicht nur die Massen der Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Massen des Bürgertums und der Beamtenschaft nicht mehr als bloße Objekte einer hohen Obrigkeit hielten, sondern selbst über Form und Grundlagen des Staatslebens entscheiden wollten. Daß die Abwehr in Form einer Arbeitseinstellung der Beamten und eines Generalstreiks der Arbeiter und Angestellten durchgeführt werden mußte, und daß sich aus dieser Abwehr höchst bedauerliche Machtkämpfe einer äußerst erregten und kommunistisch verhetzten Arbeiterschaft ergaben, dafür tragen allein die Kappisten die Verantwortung. Damals ist viel hin- und hergestritten worden über die Unentschlossenheit und allzu große Milde der Reichsregierung gegen die Gewalttäter auf der Rechten und auf der Linken. Aber heute dürfte allgemein anerkannt werden, daß in jener äußerst gefährlichen Lage die Regierung in ihrer Machtlosigkeit doch den einzig richtigen Mittelweg des Zuwartens und Verhandelns eingeschlagen hat. Schließlich sind ja die Übeltäter auch nicht straflos ausgegangen, wenn sich auch die auf der Rechten der strafenden Gerechtigkeit wirksamer zu entziehen vermocht haben, wie die auf der Linken. Die Auslegung des Amnestiegesetzes durch die Gerichte hat leider nicht dazu beigetragen, Beruhigung nach beiden Seiten zu schaffen.

Auch die im Juni erfolgten Reichstagswahlen haben bedauerlicherweise keine Klärung und Beruhigung im Innern gebracht. Die Erregung der Kapptage zitterte noch allzu stark bei den Wählern nach. Auch die Parteien setzten an die Stelle sachlicher Aufklärung der breiten Massen eine äußerst heftige Wahlagitation. Schärfer als je früher traten die Parteigegensätze hervor. Die Oppositionsparteien der Rechten und der Linken arbeiteten mit riesigem Geldaufwand oder mit rücksichtslosen Gewaltmitteln, häufig genug auch mit beiden. Und die Wählermassen hatten noch nicht begriffen oder in der Aufregung des Wahlkampfes wieder vergessen, daß sie berufen seien, durch ihre Stimmzettel selbst die Regierung des Landes zu bestimmen und dem Volke damit Ruhe und Ordnung und Genesungsmöglichkeit zu schenken. Sie wählten wie im alten Obrigkeitsstaat lediglich nach Stimmungen und Erwägungen des Augenblicks. Sie machten den 6. Juni nicht zu einem Tag des Aufbaubeginns, sondern wie frühere Wahltage zu einer großen Abrechnung mit der Regierung, die doch nur die Beauftragte der Volksmehrheit gewesen war. Das Wahlergebnis entsprach dieser falschen Gefühlspolitik: die Flügelparteien kamen erheblich gestärkt, die Mittelparteien wesentlich geschwächt aus dem Kampf heraus.

Die unmittelbaren Folgen ergaben sich bei der Regierungsbildung nach den Wahlen. Die alte Koalition zerfiel, die Mehrheitssozialdemokratie versagte in ganz undemokratischer Empfindsamkeit und aus falschem parteipolitischem Eigennutz ihre Mitarbeit. Eine neue Koalition von Demokratie, Zentrum und Deutscher Volkspartei unternahm, obwohl zahlenmäßig im neuen Reichstage in der Minderheit, die Verantwortung für die Regierung. In jenen erregten Sommerwochen gab es auch innerhalb der demokratischen Partei Gefühlspolitiker, die eine Politik der Enthaltsamkeit lieber gesehen hätten. Heute werden sie rückblickend erkennen, daß es richtig war,

das Vaterland über die Partei zu stellen

und lieber Wahlverluste hinzunehmen, als den demokratischen Staatsgedanken und den Staat selbst zu gefährden. Oder glaubt jemand, die Entwickelung hätte sich ruhiger vollzogen, wenn auch die Demokraten damals sich versagt und die Regierungsgewalt der äußersten Rechten oder den sozialistischen Linksparteien zugeschoben hätten? Oder gar, daß eine sofortige Neuwahl wesentlich andere Verhältnisse gezeitigt hätte? Haben uns inzwischen nicht die Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen gelehrt, daß die breiten Wählermassen immer noch ihre ernste Staatspflicht verkennen und lediglich nach ihren Gefühlen der Zuneigung oder Abneigung für einzelne Parteien wählen? Angesichts der bevorstehenden Neuwahlen in Preußen sollten alle Parteien ebenso sachlich wie eifrig darauf hinwirken, daß die männlichen und weiblichen Wähler vor allen Dingen die ernste Voraussetzung der verantwortungsvollen Stimmzettelabgabe erkennen, nämlich die Regierung ihres Landes durch die Wahl zu bestimmen.

Solche staatsbürgerliche Erkenntnis wird aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu einer Stärkung nicht der Flügelparteien, sondern der Mittelparteien führen müssen. Dennoch sind die Zustände bei uns keineswegs so gefestigt, daß die Regierung extremer Parteien der Rechten oder der Linken von der Volksgesamtheit ertragen würde. Schon der Umstand, daß im Reich die Mittelparteien, in Preußen dagegen die alte Koalition der Linken mit Vorherrschaft der Mehrheitssozialdemokratie regierte, war zuletzt kaum noch erträglich, und führte fortgesetzt zu empfindlichen Störungen der Reichsmarine. Deshalb war auch die Beschleunigung der Preußenwahlen zur politischen Notwendigkeit geworden. Hoffentlich wird der Hauptzweck erreicht und eine Übereinstimmung zwischen den politischen Machtverhältnissen erzielt, die eine gleichmäßige Regierung im Reich und Preußen ermöglicht.

Die Minderheitsregierung im Reich hat sich inzwischen langlebiger gezeigt, als man ursprünglich annahm. Das „bürgerliche“ Kabinett Fehrenbach kann sich zwar nicht auf politische Großtaten berufen, die einen Bestand mächtig gestützt hätten, aber es hat auch bisher schwere Fehler zu vermeiden gewußt, die es hätten fortfegen können. Durch Beschränkung auf die allernotwendigsten Aufgaben des Tages hat es das Kabinett verstanden, gelegentlich auch Unterstützung bei den Oppositionsparteien rechts und links zu finden. Vor allem aber ist die Scheu vor der großen Verantwortung eines Regierungssturzes immer noch der stärkste Schutz für das Kabinett Fehrenbach.

Allerdings stellen die wirtschaftspolitischen Nöte der Zeit die Regierung immer wieder vor neue schwierige Entscheidungen. Mit der wildbewegten Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes, bei dem Blut vor dem Reichstage floß, hat das Jahr 1920 begonnen und mit einer weitverbreiteten, tiefgehenden Unzufriedenheit des gesamten Beamtenkörpers geht das Jahr zu Ende. Und was an innerer Politik zwischen diesen beiden Polen liegt, das ist in der Hauptsache ein fortgesetzter Kampf der einzelnen Berufe und Erwerbsschichten um Erleichterungen ihrer Nöte gewesen. Auch die Auseinandersetzungen über die Sozialisierung und die Gestaltung der Steuerpolitik und der heftige Ruf nach Abbau der Zwangswirtschaft und nach freier Gestaltung des Verkehrslebens geht letzten Endes immer auf die gleiche Ursache zurück: die ungeheure Belastung des Volkes durch den Versailler Diktatfrieden. Ihn zu ändern ist nicht bloß die Hauptforderung der auswärtigen Politik, sondern auch die Grundvoraussetzung für gesunde innerpolitische Zustände. Und die wichtige innerpolitische Voraussetzung dazu ist einmütiges geschlossenes Zusammengehen des gequälten deutschen Volkes und Überwindung des Parteihaders in allen Fragen, die das Vaterland und das Gesamtwohl angehen.

Drohendes Ultimatum der Entente.

Berlin, 29. Dez. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Die Entwaffnungsfrage, die durch die letzten Noten der Entente wieder aktuell geworden ist, wird auch die Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten beschäftigen, die in den ersten Tagen des Januar 1921 in Nizza stattfinden wird, wenn die Konferenz auch vor allen Dingen der Beratung der griechisch-türkischen Frage gewidmet ist. Marschall Foch wurde um einen ausführlichen Bericht über die anzuwendenden Maßnahmen gebeten, die im Falle der Nichterfüllung des Abkommens von Spa getroffen werden sollen. In Berliner Ententekreisen erhält sich, wie die Neue Berl. Ztg. meldet, die zu diesen Kreisen auch Fühlung hat, das Gerücht, daß die Entente einen längeren Aufschub ihrer Forderungen nach Entwaffnung der Einwohnerwehren nicht mehr dulde und ihrer Entschlossenheit durch die Überreichung eines Ultimatums Ausdruck verleihen würde.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Breslau, 29. Dez. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) In Warschau in diplomatischen Kreisen wird erklärt, die Abstimmung in Oberschlesien werde bis Mitte Februar 1921 erledigt sein. Der französische General Leroud habe den Auftrag zur Beschleunigung der Vorbereitungen erhalten.

Deutsch-schweizerisches Luftabkommen.

Berlin, 29. Dez. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Wie wir hören, ist gestern das deutsch-schweizerische Luftabkommen, das den privaten Luftverkehr regelt, ratifiziert worden.

Klara Zetkin im französischen Sozialistenkongreß.

Berlin, 29. Dez. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) In der gestrigen Nachmittagssitzung des französischen Sozialistenkongresses in Tours erschien plötzlich im Kongreßsaale die deutsche Kommunistin Klara Zetkin, der die französische Regierung die Einreiseerlaubnis verweigert hatte. Sie hielt eine kurze Ansprache an den Kongreß und verschwand dann so plötzlich wie sie gekommen war.

Tours, 29. Dez. In der gestrigen Nachmittagssitzung des sozialistischen Parteitages sprach der Deputierte Blum für die rechtsstehenden Sozialisten. Er erklärte, auch er sei ein Anhänger der Diktatur des Proletariats, man wolle nur die zeitweise Diktatur annehmen, damit das Proletariat die Möglichkeit habe sich zu organisieren. Die Anhänger von Moskau aber seien für ein dauerndes derartiges System, weil sie den Terorismus als ständiges Mittel annehmen wollten. Jetzt müsse man frei bekennen, ob man die Dritte Internationale annehmen könne oder nicht: er könne es nicht. Nach Blum sprach Rappaport für den Anschluß an Moskau.

Die deutschen Wirtschaftsverhandlungen mit Belgrad und Prag.

Berlin, 29. Dez. Ministerialdirektor v. Stockhammern kommt am 8. Januar aus Belgrad, wo er den Handelsvertrag zwischen Südslawien und Deutschland vereinbarte, nach Prag. Am 10. Januar reist eine tschechoslowakische Handelsdelegation nach Berlin zur Beseitigung der letzten Differenzen über das beabsichtigte Wirtschaftsabkommen.

Angebliche Stinnes-Konzession in Rußland.

London, 29. Dez. Laut einer Meldung der „Morning Post“ soll Hugo Stinnes von der Sowjetregierung das Monopol für die Elektrisierung Rußlands erhalten haben. (Wir geben diese englische Sensationsnachricht selbstverständlich nur unter allem Vorbehalt wieder. Die Red.)

Neue bolschewistische Kriegspläne.

London, 29. Dez. (TU.) Die „Times“ meldet aus Konstantinopel, daß eine neue Sowjet-Armee gegen Georgien vorrückt. Die Bolschewisten konzentrieren außerdem starke Streitkräfte an den Grenzen. Aus Warschau verlautet, daß der polnische Minister des Äußern sich binnen kurzem nach Bukarest begeben werde, um Maßnahmen für den Fall eines bolschewistischen Angriffes auf Rumänien zu treffen.

Neues politisches Bombenattentat in Bukarest.

Bukarest, 29. Dez. (TU.) Hier wird bekannt, daß gegen den rumänischen General Averescu ein Attentat verübt wurde. Averescu blieb unversehrt, dagegen kamen von seiner Begleitung und von dem Bahnpersonal einige Personen ums Leben. — Ferner wird gemeldet, daß zwischen Predeal und Kronstadt ein Zug mit rumänischer Infanterie, die an die beßarabische Front gebracht werden sollte, mit einem andern Zug zusammenstieß. Etwa 40 Mann und eine Anzahl Pferde sollen umgekommen sein.

Das Kreditabkommen zwischn Holland und Deutschland.

Haag, 29. Dez. Der Austausch der Ratifikationsurkunden über das deutsch-holländische Kohlen- und Kreditabkommen ist gestern vormittag im Auswärtigen Amt erfolgt.

Deutsch-belgische Wirtschaftsverhandlungen.

Brüssel, 29. Dez. Eine Delegation der deutschen Schiffahrtsgesellschaften und der deutschen Reeder wird, wie die „Indépendence Belge“ meldet, in Antwerpen erwartet, um über die Wiederanknüpfung der Beziehungen zu der Hafenverwaltung zu verhandeln. Es handelt sich hauptsächlich darum, Anlegeplätze für die deutschen Schiffe zu erlangen, und auch darum, Filialen der Schiffahrtsgesellschaften in Antwerpen zuzulassen.

Die schwere Wirtschaftskrise in England.

London, 29. Dez. Die Minister haben sich während der beiden Weihnachtsfeiertage mit der Arbeitslosenfrage beschäftigte. Lloyd George hatte an beiden Tagen Beratungen mit Macnamara, Henderson und anderen Arbeiterführern. Die Frage, wie man die Not lindern könne, ist sehr kompliziert, da einige Dominions, z. B. Kanada nicht bereit sind, Auswanderer aufzunehmen, weil sie selbst unter starker Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Ferner kommen sehr ungünstig lautende Berichte über Arbeitslosigkeit aus verschiedenen anderen Teilen Großbritanniens. In England selbst sind die Hochöfen von Motherwell auf unbestimmte Zeit ausgeblasen worden. Die Jute- und Wollindustrie ist schwer betroffen. Die Schiffswerften und die Eisenfabriken von Yorkshire sind auf 10 Tage geschlossen. — Lloyd Georges Vorschlag, die zunehmende Arbeitslosigkeit durch Auswanderung zu beheben, hat in den britischen Kolonien Entrüstung hervorgerufen. Es wird darauf hingewiesen, daß in den Kolonien Arbeitslosigkeit herrscht und dort nur kapitalkräftige, landwirtschaftskundige Leute gebraucht werden.

Die Friedensverhandlungen Rußlands.

London, 29. Dez. Die „Times“ glauben zu wissen, daß der russisch-polnische Friedensvertrag in der ersten Januarwoche unterschrieben werden wird.

Helsingfors, 29. Dez. (WTB.) Die finnische Abordnung zum Austausch der Friedensratifikationen zwischen Finnland und Rußland ist am Montag nach Moskau abgereist.

Die Kriegslasten Portugals.

London, 29. Dez. England hat, wie „Petit Journal“ meldet, Portugal zur Bestreitung der Kriegskosten 16½ Millionen Pfund Sterling vorgestreckt.

Die Lage im Reiche.

Aussicht auf gütliche Regelung der Eisenbahnerbewegung.

Aus Berlin wird berichtet:

Am Dienstag nachmittag trat im Reichstag der aus den Vertretern der Eisenbahner-Großorganisationen gebildete 16er-Ausschuß zusammen, um zu dem Streikerlaß des Reichsverkehrsministers Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen zogen sich den ganzen Nachmittag hin. Man einigte sich dahin, am Mittwochvormittag die Stellungnahme des Ausschusses zu formulieren und diese Erklärung dem Reichsverkehrsminister zu übermitteln. Inzwischen hatten Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Beamtenbund stattgefunden. Das Ministerium erklärte sich bereit, die Forderungen der Eisenbahner dem Reichsgutachterausschuß zu überweisen, in dem Vertreter des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes sitzen. Dieser Ausschuß wird wahrscheinlich am 3. oder 4. Januar in Berlin zusammentreten. Die Wünsche der Arbeiter werden in den am Mittwoch beginnenden Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium behandelt werden. Durch das Entgegenkommen des Reichsfinanzministeriums hat sich die Lage zweifellos gebessert.

Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner für den sofortigen Streik.

Essen, 28. Dez. In einer gestern abend abgehaltenen Vollversammlung [illegible] der Eisenbahner wurde betont, daß weitere V[illegible] Eisenbahnerorganisati[illegible]ntwort den sofortigen S[illegible]organisationen jetzt dazu [illegible]luß eine Einheitsfront [illegible] Streiks. Angesichts d[illegible]ührt, der Eisenbahnmini[illegible]erichtet, in dem darauf hi[illegible]i mit der Stellung der [illegible]allen Umständen aus dem [illegible]nbahndirektionspräsident[illegible]ellen bekannt gegeben. [illegible]Rücksicht auf die Anweisu[illegible]ungen fortsetzen werden [illegible]chsten Tagen im ganzen [illegible] soll, in der die Eisenba[illegible]aben. Schließlich wurde [illegible] der erklärt wird: Die V[illegible]enbahner und der in enge[illegible]gen Beamten und Arbeite[illegible]chen Forderungen zu erfü[illegible] gewerkschaftlichen Mittel, [illegible] Folge zu leisten.

[illegible]g.

D[illegible]forderungen: Die Reichs[illegible] daß die nächste Geh[illegible]t anfangs Februar, sonder[illegible]mit nicht mehr als ein M[illegible]hlung des Januargehal[illegible]ationen der Reichsbeam[illegible]erungen soll unverzügli[illegible] vor Eintritt in die Verh[illegible]ntsituation mit den Vert[illegible]ist verbreitete Nachricht[illegible]kretäre der Reichsministerien [illegible]

Die Feier des Reichsgründungstages.

Zur Frage der Feier des 18. Januars hat sich die Reichsregierung dahin schlüssig gemacht, von einer Bestimmung dieses Tages als staatlich anerkannten Feiertag im Wege der Gesetzgebung abzusehen. Sie erachtet es aber für wünschenswert, daß an diesem Tage in den Schulen der Einigung der deutschen Stämme durch die Gründung des Reiches und seines nunmehr 50jährigen Bestandes in angemessener Weise gedacht werde. In einem Rundschreiben an die Landesregierungen bittet der Reichsminister des Innern, in dieser Richtung alsbald das weitere veranlassen zu wollen.

Die deutsche Finanzministerkonferenz in Bamberg

wird sich in erster Linie mit der Überweisung der Reichsbeträge an die Länder beschäftigen. Die Eingänge bei den Ländern sind zu ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201229-11/fragment/page=0007